

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Aboabonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.85 M., bei Selbstabholung 1.25 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.05 M., für 1 Monat 1.85 M. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pf., monatlich 14 Pf.). — Feldpost unter Kreuzband monatlich 1.85 M. — Postkonto Nr. 55 472.

Postkonto Nr. 55 472.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18699.

Zulassungskosten die 7 gespaltene Pettizelle oder deren Raum 35 Pf., bei Platzvorrichtung 40 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Verteilen von Prospekten ist bei der Gesamtauslage 4.— M. jedes Tausend, bei Teilauslage 5.— M. — Schluss der Annahme von Zulassungen ist die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Postkonto Nr. 55 472.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Zulassungs-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Gegenangriffe am Remmelberg gescheitert.

Die Aushebung des gleichen Wahlrechts durch die Wahlkreisverlängerung

Von Heinrich Ströbel.

Der Wahlrechtsentwurf für das preußische Abgeordnetenhaus, wie er aus der zweiten Lesung des Verfassungsausschusses hervorgegangen ist und sicherlich auch die Billigung des Plenums erhalten wird, enthält in dem § 24 Bestimmungen, die das ganze Gerude vom gleichen Wahlrecht zu einer bloßen Vorstiegung, zu einer Farce machen. Die notwendige und selbstverständliche Voraussetzung eines wirklich gleichen Wahlrechts ist die gleichmäßige Abgrenzung der Wahlbezirke. Ist die Bestimmung, daß innerhalb des ganzen Landes auf einen gleichen Bruchteil der Bevölkerung ein Abgeordneter entfällt. Entsprechend der Zahl von rund 450 Abgeordneten und einer Bevölkerungszahl von rund 40 Millionen müßte also in Preußen auf je 90 000 Einwohner ein Abgeordneter entfallen.

Ursprünglich war ja auch eine solch gleichmäßige Vertretung der Bevölkerung durch das Gesetz festgelegt. Durch das Gesetz vom 27. Januar 1860 wurde bestimmt, daß j. 50 000 Einwohner durch einen Abgeordneten im Abgeordnetenhaus vertreten sein sollten, und gemäß dem damaligen Bevölkerungsstand Preußens die Zahl der Abgeordneten auf 350 festgesetzt. Diese Ausmessung der Abgeordneten und damit des Wahlrechts auf genau die gleiche Bevölkerungszahl wurde bei der Wahlkreiseinteilung des Jahres 1860 durchaus konsequent und gewissenhaft vorgenommen. Selbst wenn wir die Volkszählung vom 3. Dezember 1861 zugrunde legen, also eine Volkszählung, die zwei Jahre nach Erlass des Gesetzes vorgenommen wurde, begegnen wir einer sehr weitgehenden Gleichmäßigkeit der Einteilung der Wahlkreise und derVerteilung der Abgeordneten. Es ergibt sich, daß in sämtlichen preußischen Regierungsbüros auf rund 50 000 (genau 31 000 bis 54 000) Einwohner je ein Abgeordneter kam. Nur von den beiden Abgeordneten für Hohenzollern-Sigmaringen vertrat jeder nur 36 000 Einwohner. Sonst aber bestanden keinerlei Unterschiede, insonderheit wurden die Großstädte und die Industriebezirke genau so behandelt wie das platt Land. So erhielt

Berlin mit 524 000 Einw. 9 Abgeordn. = 58 000 pro Abg.
Breslau mit 189 000 " 8 " = 46 000 " "
König mit 118 000 " 2 " = 56 000 " "
Elberfeld-Barmen mit 106 000 " 2 " = 53 000 " "
Magdeburg mit 79 000 " 2 " = 40 000 " "
Krefeld mit 50 000 " 1 " = 50 000 " "

Da sich inzwischen eine ungewöhnliche Verschiebung der Bevölkerungsvertretung zwischen Stadt und Land vollzogen hat, wäre zur Wiederherstellung des alten grundsätzlichen Gesetzesstandpunktes von 1860 eine völlige Neuenteilung der Wahlkreise notwendig, sofern nicht für das ganze Reich das Proportionalwahlrecht eingeführt würde. Und bei der Neuenteilung hätte auf je 90 000 Einwohner ein Abgeordneter zu entfallen.

Berlin z. B. müßte 22 Abgeordnete erhalten, während es jetzt nur 12 wählt und auch knapp nur wählen soll. Und wie mit Berlin geht es mit allen preußischen Großstädten, allen preußischen Industriezentren. Als Stichprobe diene die folgende Zusammenstellung der 25 größten Wahlbezirke:

Wahlbezirk	Einwohnerzahl	hat Abg.	soll erh.	müsste erh.
1. Potsdam	4 080 000	3	3	7
2. Potsdam	9 000 000	2	3	6
3. Potsdam	10 306 000	1	2	3
4. Potsdam	11 410 000	1	2	4
5. Stettin	8 240 000	1	1	2
6. Breslau	4 515 000	3	3	5
7. Oppeln	5 278 000	1	2	3
8. Oppeln	11 376 000	1	2	4
9. Schleswig	14 287 000	1	2	3
10. Hannover	4 308 000	2	2	3
11. Münster	4 444 000	2	2	4
12. Aachen	5 214 000	1	1	2
13. Aachen	8 215 000	1	1	2
14. Aachen	10 314 000	1	2	3
15. Aachen	11 318 000	1	2	3
16. Wiesbaden	11 415 000	2	2	4
17. Köln	1 516 000	2	3	5
18. Düsseldorf	1 362 000	2	2	3
19. Düsseldorf	2 340 000	2	2	3
20. Düsseldorf	4 150 000	2	2	5
21. Düsseldorf	5 319 000	1	2	3
22. Düsseldorf	13 295 000	1	2	3
23. Düsseldorf	14 277 000	1	1	3
24. Düsseldorf	15 298 000	1	2	3
25. Düsseldorf	5 457 000	3	3	5

25 Wahlbezirke haben 10 Abg., sollen erh. 62, müßten erh. 92.

Mithin zu wenige 40 Abgeordnete!

Nehmen wir zu diesen 25 Wahlbezirken noch Berlin hinzu, das hat 22 nur 12 Abgeordnete erhalten soll, so kommen wir schon für diese wenigen Wahlbezirke auf ein Minus von 50 Abgeordneten zu ungunsten nur dieses Teiles der Großstädte und der Industriebezirke!

Von den 50 Mandaten, die diesen Bevölkerungsstellen verhältnismäßig vorenthalten werden, würden einige auf das Zentrum entfallen, ein paar auf die Polen, die weitaus größte Mehrzahl aber auf Fortschritts und Sozialdemokraten. Und gerade deshalb, um die Linke mit allen Mitteln zu benachteiligen, will man ja diese Ungleichheit verewigen! Es soll dauernd so bleiben, daß die 2 Millionen Abgeordnete zählende Berliner Bevölkerung nur knapp auf 12 Abgeordnete hat. Wobei sich folgendes Bild ergibt:

Berlin mit 2 Millionen Einwohnern wählt 12 Abgeordnete
Westpreußen mit 13 ^{1/4} " 22 "
Pommern mit 1 ^{1/4} " 26 "
Ostpreußen mit 2 " 32 "

Ein preußischer und pommerscher Wähler hat also das doppelte, ein ostpreußischer Wähler gar das dreifache Wahlrecht eines Berliner Wählers! Vielfach ist aber das Vorrecht der arbeitenden Wähler noch viel größer! Gibt es doch 20 kleinste Wahlbezirke, die mit zusammen 174 000 Wählern 20 Abgeordnete in den Landtag schicken. Auf jeden Abgeordneten entfallen also nur 8 700 Wahlberechtigte. In den größten Wahlbezirken aber werden auch knapp nach dem § 24 40 000, 50 000 und noch mehr Wahlberechtigte auf einen Abgeordneten entfallen. Die kleinsten, stützlichsten Wahlkreise haben also ein fünfmal, sechsmal, siebenmal, achtmal grüblerisches Wahlrecht als die größten wirtschaftlich wichtigsten Wahlkreise.

Aber auch der Durchschnitt ergibt ungemeinliche Mißverhältnisse. Die eine Hälfte der preußischen Einwohner wählt nämlich 203 Abgeordnete, während die andre Hälfte nur 152 Abgeordnete entsenden soll!

Aber es ist ja eben die Absicht des § 24, der Reaktion zu nützen! Denn die Wahlbezirke mit geringerer Bevölkerungsdichte sind gerade die Hochburgen der Konservativen und ihrer Verbündeten! Bereits bei Beratung der Wahlrechtsvorlage vom Jahre 1910 wies ich auf Grund einer Berechnung nach, daß, wenn man die Zahl der Abgeordneten in die Zahl der Wahlberechtigten, der von ihnen vertretenen Kreise dividieren, auf jeden

Freikonservativen	18000 Wahlberechtigte entfallen
Konservativen	15000 "
Zentrumabgeordneten	20000 "
Nationalliberalen	20000 "
Fortschrittlicher Volkspartei	28000 "
Sozialdemokraten	40000 "

Und dieser Zustand, daß einige hundert rücksichtslose Abgeordnete von einer Bevölkerungszahl genährt werden, die weit unter dem Durchschnitt von 90 000 bleibt, vielfach nur 40 000, 50 000, 60 000 beträgt, während die übrigen, überwiegend der Linken angehörigen Abgeordneten erst auf weit über 90 000 Einwohner, häufig auf 150 000, 200 000, bis 250 000 Einwohner entfallen — dieser unerträgliche Zustand soll durch das neue Wahlrechtsgebot verwirkt werden!

Man will den politischen Widersinn durch die Verfassung bauend festlegen, will die schreiende Ungleichheit des Wahlrechts durch ein Gesetz kodifizieren, das angeblich das gleiche Wahlrecht bringen soll!

Das gleiche Wahlrecht ist zu dreien Malen in der feierlichsten Form vom König verheißen worden. Glaubt man vielleicht dem Volke einzureden zu können, daß Königswort vom gleichen Wahlrecht werde eingeholt, wenn eine solche Wahlkreiseinteilung aufrechterhalten wird, die das frustige Pluralwahlrecht enthält, das sich denken läßt?

Trotzdem will man den Widersinn der Ungleichheit der Wahlkreise nunmehr verfassungsgleich festlegen.

Um Wahlrecht vom 20. Mai 1849 hielt es: „Die Bildung der Wahlbezirke ist nach Maßgabe der durch die letzten Jährlinge ermittelten Bevölkerung . . . zu bewirken.“ Damgemäß ist ja dann auch im Jahre 1860 verfahren worden. Der Grundzog, die Verteilung der Abgeordneten nach der Volkszahl vorzunehmen, soll jetzt aber vollends über Bord geworfen werden. Denn nach dem Kommissionsschluß soll § 24 Absatz 2 knapp lauten:

Die Abgrenzung der Wahlbezirke und die Verteilung der Abgeordneten erfolgen unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl und der Flächenausdehnung sowie der geschlechtlichen und wirtschaftlichen Bedeutung der Wahlbezirke.

Das sind völlig neue, den bisherigen Absichten des Gesetzes ins Gewicht schlagende Grundsätze, die die Karikatur entziehen. Ungleichheit der Wahlkreise dauernd zum Normalzustand zu machen sollen!

Flächenausdehnung! Kann es etwas Unsinngreiches geben, als nach Hektaren und Quadratkilometern das Wahlrecht zu bemessen? Oder nach der Zahl der Schneide und des Viehs und Würm? Oder nach der „geschlechtlichen“ Bedeutung im Sinne unserer „eichpreußischen“ Männer? Oder nach der wirtschaftlichen Bedeutung im ausschließlich agrarischen Sinne!

Aber der Zweck einer solchen Gesetzmacherei ist durchsichtigen genug: man will einfach das Pluralwahlrecht durch die Einheitswahl abringen und das „gleiche“ Wahlrecht dadurch vollends verloschen machen!

Der Heeres-Clat im Hauptratshaus des Reichstages.

Freitag, nachmittags um 1 Uhr, hat der Hauptratshaus des Reichstages, nochmals verabschiedet. Der Hauptratshaus der vorbereiteten zwei waren für seine Beratung notwendig. Drei Tage nahm die Generalsdebatte, mit den meist als vertrüglich bezeichneten Berichten über die Entwicklung des Flugwesens, dem Gaslamp und seinen Folgen, die Verluste und Krankenzahlen im Aufmarsch. Nur ein Tag blieb für die Behandlung der Klagen und Beschwerden aus dem Felde übrig, darunter waren natürlich auch die Klagen der Landwirte über ungünstigen Umlauf und zu geringe Pferdepreise. Lebhafter soll dieser Ausdruck in Zukunft nicht mehr Hauptratshaus heißen, weil sich die andern Ausschüsse durch diesen Namen zurückgezogen haben, er führt von jetzt an den Titel: Erster oder Haushaltungsausschuß. Es ist eben nicht leicht, für den Namen Budgetkommission, der sich einbürgert hat, einen passenden Ertrag zu finden.

Aus den Ausführungen über den Gesundheitszustand der Truppe, die der Generalarzt Schulze gab, ist zu entnehmen, daß der Gesundheitszustand sehr glänzend sei. Bei den Erkrankungen standen die Verdauungsgänge an erster Stelle, dann folgten Erkrankungen der Atmungsgänge und des Nervensystems. Die landläufigen Ansichten über die Verbreitung venöser Krankheiten seien übertrieben. Die Schädigungen durch Gasseien vorübergehend und meist ohne bleibende Nachteile. Als dienstunbrauchbar seien bisher 620 000 Mann entlassen worden, darunter 70 000 Verstummelte. Bis zum heutigen Tage sei mit etwa 98 000 Verstummelten zu rechnen. 2½ Millionen Verwundete oder Erkrankte seien der Front wieder zugeschlagen.

Einige Erregungen verursachte die Mitteilung des Abg. Roske, wonach eine Instruktion zum Dienstgebrauch für Offiziere herausgegeben werden sei, die die ungehemmten Beschimpfungen und beleidigungen des Reichstags enthalte. Das Wort Parlament wird darin mit „Schwabade“ übersetzt. Im Sinne der Altenrathen wird Stimmung für ausgedehnte Annexions im Osten und Westen gemacht. Die Blockparteien führen sich besonders durch folgenden Satz der Instruktion belebt: „Der 10. Juli 1917 (der Tag der Blockresolution) ist für ewige Zeiten eine Glanzleistung deutscher Mütter.“ Der Abg. Erzberger teilte dabei mit, daß er diese Instruktion und eine zweite ähnliche Ausschüttung dem Kriegsminister schon vor etwa vier Wochen unterbreitet habe. Der Kriegsminister erklärte indessen, die Instruktion sei dem Kriegsministerium nicht bekannt. Auf Vorschlag des Vorsitzenden der Kommission, des Zentrumsabgeordneten Lehrenbach, wurde beschlossen, am nächsten Dienstag eine besondere Sitzung zur Erörterung dieser Angelegenheit anzugeben, und zwar in Anwesenheit des Reichskanzlers.

Eine längere Erörterung entstand auch über den Erlass des Generals Eichhorn, der zu einem Konflikt mit der ukrainischen Rada geführt hat. Der militärische Vertreter verteidigte ihn damit, daß die Macht der ukrainischen Regierung noch gering sei. „Wir müssen aber unsere Forderungen nach Lebensmittelversorgung und Waffen damit nicht werten. Dieses Vorgehen kann aber nur durch das Militär erfolgen, da ein Erlass des ukrainischen Landwirtschaftsministers bei den Bauern kein Gehör findet, die Frühjahrsbestellung also gefährdet war.“

Dem Vorsitzenden Abg. Lehrenbach gelang es, am Freitag die Generalsdebatte dadurch zum Abschluß zu bringen, daß er bot, die Reden, die später im Plenum gehalten werden sollen, nicht vorher in der Kommission zu präsentieren. Er erfuhr auch, die geplanten Anträge zurückzuziehen und im Plenum von neuem einzubringen. Mit dieser Praxis ist endlich den Abgeordneten wieder freie Hand für die Verhandlungen im Plenum gegeben worden; an diesen Zustand werden sich freilich manche Herren erst wieder gewöhnen müssen.

Bei Eintreten in die Beratung wandte sich General Wiesenberger gegen das Gericht, daß er der Kommission Mitteilung von außergewöhnlich hohen Verlusten der Deutschen Truppen bei der Offensive gemacht habe. Bei der Behandlung des Clats wurden alle Fragen ausgeschieden, die bereits im Plenum

das eine an das östliche, das andre an das westliche Ufer, wo die Schiffe gesprengt wurden. Das Boot röste aus dem Wasser heraus. Sie liegen jetzt quer vor dem Kanal wie ein V, und es ist wahrscheinlich, daß die Ausgaben, die ihnen übertragen wurden, durchschwelt sind, und der Kanal wieder geöffnet ist. Die Motoren und Klassassen brachen die Manufakturen und Offiziere fort. Sie beschreiben die Explosion des alten Unterseebootes als die grösste, die sie jemals gesehen. Sie zeichnen die Mole in zwei Hälfte und verursachte eine Lücke von über 100 Fuß.

Die Bevölkerung eines der Klassen, ein Torpedoboot versenkt zu haben, wird von vielen Beobachtern bestätigt, darunter Offizieren der Flottille. Der North Star, einer der drei Zerstörer, die die Flottille vor feindlichen Verstärkern schützen, als sie längs der Mole lag, verlor plötzlich sein Licht und stieß Malete auf und wurde versenkt. Die Feststellung im deutschen Bericht, daß nur wenige von der deutschen Mannschaft gerettet werden konnten, ist von ungewöhnlicher Genauigkeit. Phoben, ein anderer Zerstörer, kam unter schwerem Feuer herbei und rettete fast alle. Während der ganzen Operationen schossen die Monitore und die Landungsgefechtsflindungen schwerer Batterien.

Der Wechsel des Windes war für und bei Ostende noch ungünstiger als bei Zeebrugge. Die Motorboote hatten bereits diese Fahrten mit Kalziumlichtern erlebt und eine reiche Wolke erzeugt, die den Feind unter Unternehmen wissentlich verbarg, als der Wind umschlug und alles entblöste. Der Feind löste darauf die Flotte durch Geschütze. Dies verhinderte die Blockadeschiffe, die Einfahrt zu finden, und da sie sich in ständigen Zuständen befanden, waren sie gezwungen, sich selbst etwa 400 Yards östlich der Pier zu versetzen, während die Motorbootschiffe die Besatzung aufnahmen.

Anmerkung des Wollf-Bureau: Wir verweisen auf die amtliche Meldung vom 23. April.

Englisches Dementi.

London, 26. April. (Reuter.) Gegenüber den Angaben des amtlichen deutschen Berichts, daß von den englischen Schiffen, die an den Operationen gegen Zeebrugge und Ostende teilgenommen haben, 3 Kreuzer, 2 Zerstörer und eine beträchtliche Anzahl von Motorbooten versenkt worden seien, stellt die britische Admiralität fest, daß die Gesamtzahl der bei dieser Gelegenheit verloren gegangenen Schiffe, außer den Blockade- und Unterseebooten, 1 Zerstörer und 2 Motorbooten beträgt.

Seegesetz in der Adria.

Wien, 25. April. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Unser leichtes Seestreitkräfte hatten in letzter Zeit wiederholte Vorläufe gegen die Straße von Otranto unternommen, hierbei jedoch weder Dampferverkehr noch Bewaffnungsfahrzeuge wahrgetragen. Bei einer kurzen Fehde einer Torpedoschiff durchgeführt Erkundung in der Nacht auf den 23. April wurden im Vorfeld von Valona feindliche Torpedoboote zerstört und angegriffen. Nach kurzem Artilleriegefecht, bei dem gute Erfolge beobachtet werden konnten, griffen überlegene feindliche, aus dem alarmierten Hafen kommende Einheiten in den Kampf ein. Da der Zweck des Vorlaufs, den Verkehr in der Straße zu beunruhigen und die feindlichen Kriegsschiffe, in deren unmittelbarer Nähe sich das Geschehen abspielte, zu alarmieren, erreicht war, wurde das Geschehen abgebrochen. Ein feindlicher Zerstörer blieb mit schweren Beschädigungen bewegungslos liegen, ein anderer hatte nach Valona abgedreht. Die eigenen Einheiten haben weder Verluste noch Beschädigungen erlitten.

Versenkt.

Berlin, 26. April. Amlich. (W. T. B.) Neue Erfolge unserer Minenmeerk-Boote schließen den Gelnd um fünf Dampfer mit zusammen etwa 24 000 BRT. Oberleutnant a. S. Doenitz drang mit seinem U-Boot in den durch Sperrten geschützten und durch Feind bewachten Hafen von Augusta (Sizilien) ein, griff den englischen Dampfer Cyclops (10000 To.) an und lief trotz feindlicher Gegenmaßnahmen unbeschädigt wieder aus. Cyclops kehrte und sank. In der Straße von Otranto wurde unter besonders starkem Gegenwehr ein grösserer Dampfer mit Passagieraufbauten, aussehend ein Truppentransportdampfer, versenkt.

Der Chef des Admiralsatzes der Marine.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Deutsche Gerichte in Belgien.

Brüssel, 26. April. Durch gemeinsame Verordnungen des Generalgouverneurs und des Generalquartiermeisters werden für Flandern und Wallonien deutsche Gerichte eingesetzt. Der seitende Gedanke bei der Neuorganisation war bei möglichst sparsamer Personalverwendung in Strafsachen eine Beschränkung auf das im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung Notwendige, in Civillächen Schutz der privatrechtlichen Interessen der Deutschen, der Verbündeten und der Neutralen. Es werden deshalb Kaiserliche Bezirksgerichte eingerichtet, die materiell nach den Landesgesetzen, aber unter Anwendung des deutsichen Prozeßrechts in Civili- und Strafsachen urteilen werden. Die Justizverwaltung liegt wie bisher in den Händen der Verwaltungsbüro. Die Bezirksgerichte sind mit Kriegsgerichten besetzt. Nur da, wo es sich um eine mit dem Tode oder mit einer Freiheitsstrafe von über 5 Jahren bedrohte Straftat handelt, erfolgt die Entcheidung in einer Beziehung mit drei Richtern. Das Ermittlungsverfahren liegt in den Händen des Staatsanwaltschafts, die aber die Anklage nur da erhebt, wo dies im öffentlichen Interesse geboten ist. Während eine Verurteilung in Strafsachen nicht statthaft ist, gibt es in Civillächen eine solche bei einem 3000 Franc überschreitenden Streitwert. Über diese Verurteilung entscheiden Kaiserliche Obergerichte in Brüssel und Namur. Wichtig ist, daß von nun an ein in Deutschland vollstreckbarer Titel auch in Flandern und Wallonien vollstreckbar ist und daß in den größten Städten für die Vertretung der Interessen Deutscher, Verbündeter und Neutraler bestimmte Parteivertreter, "Justizkommissare", bestellt werden. Die Einberufungen für die neuen Gerichte werden in nächster Zeit beginnen.

Schweizer Getreideschiffe.

Wie der Schweizerische Depositenagentur gemeldet wird, hat die deutsche Regierung die Erklärung abgegeben, daß die schweizerischen Getreideschiffe, auch wenn sie die Flagge einer mit Deutschland im Kriege befindlichen Nation führen, freit passieren können. Die Schiffe haben die Sperrzone zu meiden, ebenso der Flaggenschiff des Bundes das Schweizerische Wappen auf dem Schiffsrumpf und überdies die schweizerische Flagge in gut schützbarer Weise zu führen. Die amerikanische Regierung ist mit der Führung der Schweizer Flagge neben der amerikanischen auf den mit Getreide für die Schweiz beladenen Schiffen einverstanden.

Von zuständiger Stelle wird hierzu durch Wollf's Bureau mitgeteilt: Die Nachricht bedarf eines wichtigen Zusatzes: Die Schweizer Regierung ist ausdrücklich darum ersucht worden, ihrem Volke keinen Zweifel darüber zu lassen, daß aus technischen Gründen erst nach Ablauf von drei Monaten damit gerechnet werden darf, daß jedes der in See befindlichen deutschen Kriegsschiffe den Befehl erhalten hat, die für die schweizerische Versorgung bestimmten Schiffe durchzulassen. Sie ist ferner darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Durchführung der Zusatzbedingung vor Ablauf dieser drei Monate dadurch außerst erschwert und unsicher gemacht wird, daß der Präsident der Vereinigten Staaten die in amerikanischen Häfen rechtwidrig wogenommenen holländischen Schiffe auch dann zwingt, anstatt der holländischen die amerikanische Flagge zu führen, wenn sie für die schweizerische Versorgung tätig sein sollen.

Der Fall Clemenceau-Gernin. Der Zentralausschuss der französischen Radikalen und Radikal-Sozialisten hat einen Antrag angenommen, wonin von den Vertretern der Partei im Parlament verlangt wird, sie sollten dafür sorgen, daß die Leidenschaftlichkeit die volle Wahrheit über den Fall Clemenceau-Gernin erfahren. Dem früheren Kommandanten der Salonika-Armee, General Sarrail, der auf Betreiben Clemenceaus abgesetzt worden ist, wurde eine Schriftstundung zugeschlagen.

Ausschreitungen gegen die Juden in Krakau. Die Wiener Blätter melden aus Krakau, daß am 16. April große Ausschreitungen gegen die Juden stattfanden, bei denen einer getötet, 20 schwer und viele leicht verletzt wurden. Die Unruhen hätten mit Plünderungen von Judentümern auf dem Markttag begonnen und sich sodann auf die ganze Stadt ausgedehnt. Überall seien die Judentümern eingeschlagen, die Judenläden geplündert und die sofort geschlossenen jüdischen Geschäfte ausbrochen worden. Die Menge habe Straßenbahnen überfahren, die Juden herausgeschleppt und mishandelt. Der vom Pöbel getötete sei ein erst vom Militär bewohnter, zum Besuch seines kranken eingezogenen Sohnes aus Syrien eingetroffener Mann, der zwölf Jahre lang gelebt und verstorben ist. Die Polizei habe sich völlig verhalten habe.

Deutschland.

Der Stand der Ernährungsfrage.

Amtlich wird bekanntgegeben: An der Sitzung des Ernährungsberates des Reichstages, die heute unter dem Vorsitz des Staatssekretärs von Waldbow tagte, wurde die Frage besprochen, ob am Schlusse des Wirtschaftsjahrs eine Erkrankung der Ernährung eintreten müsse. Nach eingehenden Berichten des Verteidiger Reichsgetreidebestandes, Unterstaatssekretärs von Grubendorf, und des Unterstaatssekretärs im Kriegsernährungsamt von Braun, der an den Wirtschaftsverhandlungen in Kiew bis in die letzten Tage teilnahm, wurde Übereinstimmung dahin erzielt, daß die Lage zurzeit noch unregelmässig ist, um eine so einschneidende Maßnahme zu beschließen, die sich möglicherweise später als unnotwendig erweisen könnte. Es soll daher abgewartet werden, wie sich die Entwicklung der Getreideerzeugungen aus der Ukraine in der nächsten Zeit vollzieht. Es sind alle Vorkehrungen getroffen, um die von der Ukraine vorangängig ausgescherten Getreide mengen, die ausreichend wären, um zusammen mit den eigenen Beständen der Reichsgetreidebestände unter Probeversorgung bis zum Schlusse des Wirtschaftsjahrs sicherzustellen, hereinzu bringen. Einige Transporte sind bereits eingetroffen. Die Entwicklung in den nächsten Wochen wird volle Klarheit bringen.

Der Krim-Paragraph gegen Lichnowsky.

Am preußischen Herrenhaus wurde am Freitag der Bericht über die Verhandlungen des Geschäftsausschusses über den Fall Lichnowsky erstattet. Die Staatsanwaltschaft beansprucht ein Untersuchungsverfahren gegen den Fürsten in die Wege zu leiten wegen der Denkschrift, deren Wortlaut in der Presse veröffentlicht wurde. Die Staatsanwaltschaft erklärte darin ein Vergehen gegen § 88a des Strafgesetzbuches (Krim-Paragraph) und einen Bruch der Amtsvorliegenheit. Der Berichterstatter teilte weiter eine Eingabe des Generalstaatsanwalts Dr. v. Gordon mit, daß der Fürst selbst die Bitte ausdrückt, daß Herrmann möglicherweise dem Antrage des ersten Staatsanwalts stattgegeben, um den Tatbestand objektiv nachzu prüfen.

Eine Aussprache fand nicht statt. Das Haus erteilte die Genehmigung der strafrechtlichen Verfolgung des Fürsten einstimmig.

Auch dem Antrage der Staatsanwaltschaft zu Matibor um Erteilung der Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Herrn v. Seehof wegen Vergehens gegen die Reichsgetreideordnung wurde zugestimmt.

Kleine Auslandsnachrichten.

England und der U-Boot-Krieg. (Reuter.) Der Präsident des Landwirtschaftsausschusses, Brotho, sagte in einer Versammlung der Landwirte in Oxford, daß er infolge der Vermehrung der Anbaustärke nun das Vertrauen habe, daß das Land vor der Gefahr einer Hungersnot durch den U-Bootkrieg bewahrt sei.

Das neue chilenische Ministerium besteht aus folgenden Parlamentariern: Innen: Arturo Alessandri (liberal), Außen: Daniel Salvo (radikal), Finan: Luis Claro Solar (liberal), Unterricht: Pedro Aguirre (radikal), Krieg: Jorge Valdés Blanco (liberal), Industrie: Ramón Vilches (radikal). Nach der Zusammenlegung des Minsteriums ist eine Neuberufung der bisherigen Neutralitätspolitik Chiles nicht zu erwarten.

Das neue chilenische Ministerium besteht aus folgenden Parlamentariern: Innen: Arturo Alessandri (liberal), Außen: Daniel Salvo (radikal), Finan: Luis Claro Solar (liberal), Unterricht: Pedro Aguirre (radikal), Krieg: Jorge Valdés Blanco (liberal), Industrie: Ramón Vilches (radikal). Nach der Zusammenlegung des Minsteriums ist eine Neuberufung der bisherigen Neutralitätspolitik Chiles nicht zu erwarten.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 27. April. Amlich. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich von Wytschaete liegen wie bis an den Südrand von Poormeelse vor. Französische und englische Divisionen versuchten vergeblich, um den Kemmel wieder zu entrollen. Ihre Vormarsch auf der Front von Poelcappel bis Poel, in den Abendstunden aus der Gegend von Poel bis westlich von Dranouter angestiegen. Angriffe brachen in unserm Reiter verlustreich zusammen. Wo der Feind unter unten erreichte, unterlag er im Nahkampf.

Nordwestlich von Merkwiller, auf dem Bildner der Yns und bei Givenchy schlugen heftige Kämpfe zwischen französischen und englischen Einheiten.

Südlich von der Sonne verbündete sich der Franjole in mehrfachem Angriff bei und südlich von Villers-Bretonneux. Nach dem Scheitern starker Angriffe am und nördlich vom Walde von Hangard sah der Feind am Nachmittag seine Kräfte — vornehmlich Marceau — zu erneuten Vorstößen gegen den Hangardwald und nördlich vom Rue-Bach zusammen.

Die mehrfach wiederholten, durch kräftiges Artilleriefeuer einschleierten Versuche, unter unten zu durchstoßen, schlugen fehl. Aus eigenem Entschluß schritten Infanterieabteilungen beiderseits des Rue-Bachs zum Angriff, läuften mehrere Maschinengewehrkörper und nahmen hierbei Franzosen gefangen.

An der übrigen Front nichts von Bedeutung.

Osten.

Österreich.

Versuche des Feindes, unter unten bei Vahti nach oben zu durchbrechen, scheiterten.

Der erste Generalquartiermeister: Dubenbort.

Reichstag.

154. Sitzung, Freitag, 26. April, nachmittags 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Abg. Gebhardt (Cons.) fragt, ob der Reichskanzler bereit ist, die Ablieferung der Infanterie-Brennapparate im Interesse der kleinen Preußen mit Rücksicht auf die große Kupferreserve bei der Offensive im Westen vorzeitig hinauszuschieben.

Oberst von den Bergh: Die Ablieferung kann nicht mehr hinausgeschoben werden. Aber es soll in dringenden Fällen eine bestimmte

Anzahl von Brennapparaten den Besitzern gelassen werden, falls die Vorbereitung die Notwendigkeit begründigt.

Abg. Dr. Wendorf (Sp.) bittet um Aushebung oder Milderung der Verordnung auf Beschränkung des Fremdenverkehrs im Interesse der Ostseebäder und Sommerfrischen in Pommern und Mecklenburg.

Unterstaatssekretär v. Braun: Die Verordnung ist lediglich dahin zu verstehen, daß die Landeszentralbehörden durch besondere Maßnahmen den Erholungsaufenthalt wirklich erholungsbedürftiger Personen sicherstellen können. Eine Aushebung oder Milderung kann deshalb nicht angefragt werden.

Abg. Bössel (Rep.-Soz.) möchte auf ein Urteil des Landgerichts II Berlin aufmerksam machen, nach dem die Bundesratverordnung zum Schutz der Mieter dann nicht gültig sein soll, wenn die Rückerstattung nicht zum Zweck einer Mietsteigerung geschieht, oder wenn im Wege der Klage die Aushebung eines schwelbenden Mietvertrags gefordert wird. Die Rolle dieses Urteils sei gewesen, daß der Vermieter nicht mit dem Verlangen einer Mietsteigerung an die Mieter herantrete, sondern im Wege der Klage kündige, und so dem Mieter überlässe, zur Abwendung der ihm aus der drohenden Räumung der Wohnung erwähnbaren Nachteile mit einem Angebot höherer Miete an ihn heranzutreten.

Unterstaatssekretär im Reichsjustizamt Delbrück erwidert, daß Mieter steigt ganz vereinzelt da und sei noch nicht rechtstädtig. Die Regierung wolle erst die weitere Nachprüfung abwarten.

Abg. Vandenberg (Rep.-Soz.) bringt zur Sprache, daß am 17. April in Magdeburg ein Sergeant auf der Straße durch Schüsse auf einen entwaffneten Militärgefangenen zwei Kinder verletzt habe, von denen eines an der Verwundung gestorben sei, und fragt an, ob die kürzlich zugesetzten Maßnahmen zur Verhinderung solcher Vorfälle zwischen der Militärbehörde getroffen sei.

Generalmajor v. Briesberg: Das Kriegsministerium hat die Dienststellen um Angaben ersucht, ob solche Vorfälle getroffen sind, und hat nochmals auf die Dringlichkeit der Sache hingewiesen.

Es folgen Petitionen.

Eine grosse Anzahl der Petitionen werden debattlos nach den Vorschüssen der Kommission erledigt.

Bei einer Petition betreibt Gewährung von Familiennunterstützung, die von einer grossen Anzahl Petitionen ausgeht, nimmt das Wort.

Abg. Thiele (Rep.-Soz.): Sehr viele dieser Petitionen haben, wenn sie auch vielleicht an sich sachlich berechtigt waren, vom Ausschuss von vornherein aus formellen Gründen abgelehnt werden müssen. Ich möchte deshalb an dieser Stelle alle an alle Petitionen, die solche Petitionen an den Reichstag richten, darauf hinweisen, daß die Kommission des Reichstags gar nicht anders handeln kann, als solche Petitionen abzulehnen, wenn folgende drei Bedingungen nicht erfüllt sind: 1. handelt es sich um die Bedürftigkeit in Wirklichkeit vorliegt; 2. der Antragsteller, der bei diesen Unterstützungsgeboten vorgeschrieben ist, muß zunächst unter allen Umständen erfüllt sein; 3. falls ein Schluß von einer Stelle abgelehnt ist, so muß der ablehnende Schluß im Original oder in Abschrift der Petition beigefügt werden. Es genügt aber nicht, wenn sein Inhalt direkt wiedergegeben wird.

Der Antrag der Kommission, über alle diese Petitionen zur Tagesordnung überzugehen, wird heraus angenommen, ebenso eine von der Kommission beschlossene Resolution, den Reichskanzler zu eruchen, daß zu wirken, daß in allen amtlichen Bescheiden, durch welche Beschlüsse um Kriegsunterstützung abgelehnt werden, den Abgeordneten mitgeteilt wird, an wen sie sich beschwerlichend wenden können.

Eine Petition betreibt Gewährung von Bodenlehen zur Herstellung von orthopädischem Schuhwerk beauftragt die Kommission dem Reichskanzler als Material zu überweisen.

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Nach Erledigung der Petitionen ist die Tagesordnung erschöpft.

Reichstagssitzung Mittwoch, 1. Mai, 1 Uhr. (Ausführung des § 168, Arbeitskammergesetz.)

Schluss 2 Uhr.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Dr. Curt Gehry in Leipzig

Verantwortlich für den Konsultativteil:

Aug. Lehmann Leipzig

Druck und Verlag: Celsiger Buchdruckerei Aktiengesellschaft



Dieses Kosfum

gute Friedensware, mit besten Zutaten, nach Maß gearbeitet, kostet Mk. 215.—

H. HOLLENKAMP & Co
Danzig 12-22 LEIPZIG Bad Reichenhaller

Die Nummer umfaßt 12 Seiten.

Sozialdemokr. Verein für den 12. Wahlkreis

Büroaus: Rektor Dr. H. Hof L. Zeitung f. d. nämnl. Mittel 10.-12. Wahlkreis, f. Mittwoch, 20.4. monatl. Bibliothek: Volkshaus Partei L. Hof L. 1500 Thm., genüg. abba. 7.-10. Uhr, Sonnabend 11.-12. Uhr. Gilt die Jugend-Mittwoch nach dem 8.-9. Uhr.

Dienstag, den 30. April, abends 8 Uhr

Hauptversammlung im Volkshaus.

Tagesordnung:

1. Vortrag über die politische Situation.
2. Bericht des Vorstandes und der Reviseure.
3. Anträge.
4. Neuwahl des Vorstandes, der Bezirksvertragsleute, des Bezirksvorstandes und der Preßkommission.
5. Vereinsangelegenheiten.

Zutritt nur gegen Vorzeichen des Mitgliedsbuches.

Zahlreichen Besuch erwartet.

Der Vorstand.

Karl-Marx-Feier!

Sonntag, den 5. Mai 1918, dem hundertsten Geburtstag von KARL MARX, veranstaltet die

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Leipzigs

im

Grossen Saale des Zoologischen Gartens

eine Marx-Gedenkfeier.

Die würdigste Feier besteht in einer Gedenkrede auf Marx, gehalten vom

Redakteur Gen. Hans Block

und in

Gesangs- und Musik-Aufführungen

die dem Tage angepasst sind. Ausgeführt werden sie von Arbeiterchören und vom Curth-Fix-Orchester.

Einlass vormittags 10 Uhr. Beginn Punkt 11/2 Uhr.

Programme sind in allen Geschäftsstellen der Leipziger Volkszeitung sowie bei den Funktionären der Partei zu haben. Preis des Programms 50 Pfennig.

Die Feier wird etwa 2 1/2 Stunden dauern.

Parteigenossen und Genossinnen Leipzigs, beteiligt Euch sämtlich an dieser Feier, sie ist ein hoher und bedeutungsvoller Gedenktag für das gesamte internationale Proletariat.

Der Bezirkvorstand
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Leipzigs.

Zahn-Praxis B. Bernsdorf

Promenadenstrasse 11, L.
Fernsprecher 11 158.
Zähne u. Plomben v. 2 Mk. an
Gewissene, persönliche, mögl.
schmerzlose Behandlung
10-12, 3-7, Sonntags 10-12
Zähle. Bestätigungen völlig
schmerzlosen Zahnteilens
und Plomberens liegen vor.

Ein- u. Verkauf
neuer und gebrauchter
Uhren aller Art

Schmuck, Zeitungsscheine,
Ferngläser, Photo-Apparate
Musikwaren, Reisegeuge
Pistolen, Revolver, Taschenuhren,
Koffer, Möbel, Porzellanwaren.

Walther Lory

Johannigasse 15.

Schuh-Reparaturen
prompt und billig
Schubbedarfsgeschäft
zum Selbstbefehlen
und Anwendung.
"Prairie" Besohlanstalt
Nürnbergstr. Straße
Ecke Rohrstraße.

Pietät Anstalt für Beerdigung und Feuerbestattung.

Leipzig, Matthäikirchhof 28, Tel. 502 und 14015.
Zweiggeschäfte: Lindenau, Odermannstrasse 10,
Tel. 00422. Volkmarstadt, Kouradstr. 41, Tel. 60287.
Eutritsch, Seitengasse 5, Tel. 16370.

Robert Hellmann

Matthäikirchhof 29 Fernsprecher 4411
Beerdigungsanstalt * Feuerbestattung

Bestattungsanstalt Gangloff

Markgrafenstr. 8 Fernspr. 16572
Vom Rat der Stadt verpflichteter Leichenbestatter
Telephonischer Anruf erbeten.

Familien-Nachrichten

Erich Backhaus

Lina Backhaus

geb. Jacob

grüssen als Vermählte.

Knauthain, den 27. April 1918.

Mariechen Brübach

Richard Bohne

grüssen als Verlobte.

L.-Gohlis L.-Schönefeld

28. April 1918.

Dank.

Für die liebenen Beweise herzlicher Teilnahme beim Beimgang unserer innigst geliebten, unvergesslichen Tochter, unserer guten Schwester

sagen wir hierdurch unseren liebgestützen Dank. Besonders Dank Herrn Pfarrer Bierling für die trostlichen Worte am Grabe, den Arbeiterinnen der Polypphonwerke und allen denen, die ihren Sarg so überaus reich mit Blumen schmückten. [3746]

Wir aber, liebe Liddy, rufen wir ein Ruhes sanft in dein allzurühres Grab nach.

Wahren, den 27. April 1918.

Familie Lukale.

Für die vielen Beweise lieblicher Teilnahme, welche uns beim Beimgang unsres lieben Sohnes u. Bruders

Georg Lotz

durch Belleidkundgebungen, Blumenschmuck und Geleit zum Grabe erwiesen wurden, sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.

Leubnitz, den 28. April 1918.

3745 Familie Georg Lotz.

Für die Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Landsturmmannes [3747]

Richard Effler

findet Montag früh 10 Uhr auf dem Plagwitzer Friedhof statt.

L.-Plagwitz, Karl-Heine-Straße 81
Frau verw. Effler und Kinder.

Nach lang ersehnter endlich erfolgter Überführung unseres lieben Sohnes

Soldat Paul Gehlert

findet die Beerdigung Mittwoch, den 1. Mai, nachmittags 1/2 Uhr, vom Trauerhause, L.-Kleinmachnow, Wagnstraße 21, aus statt.

In tiefer Trauer

Familie Franz Gehlert.

Allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten zur traurigen Nachricht, daß unser lieber, guter Vater, der Restende

Friedrich August Geissler

im Alter von 66 Jahren 3 Monaten noch längerem, mit Geduld ertragenem Leiden am 25. April abends sanft entschlafen ist.

Um stilles Beileid bitten

Emilie Geissler geb. Waldenburger.

Otto Geissler (3. Jt. im Felde) u. Familie.

Artur Geissler u. Familie.

Marie Kneist geb. Geissler.

L.-Lindenau, Dennerlingstr. 161.

Die Einäscherung erfolgt Dienstag, den 30. April,

vorm. 1/2 Uhr auf dem Südfriedhofe.

Freundlich zugeschriebene Blumenspenden bitten in der

Beerdigungsanstalt "Pieläti", Lindenau, Odermann-

straße 10, niederzulegen. [3736]

Fernspr. 5195

Karl

Gudewigs

altbekanntes,

seit 1889

am Platze be-

festlichste

fachmännisch geleitetes

Zahn-Atelier

Nur!!!

Emilienstraße 1

Ecke Zeitzer Straße.

i. H. d. Albert-Apotheke.

Behandlung nur

Persönlich!!!

gewissenh., peinlichst!

Spezialist für

Plattenlosen

Zahn-Ersatz!

Kein Kriegsmaterial

Verwendung nur von

bestem Kaufschuk

noch in Friedensware

und Anfertigung

nach wie vor

in Gold!!!

Fernspr. 5195

Sozialdem. Verein für den 13. Wahlkreis

Nachruf

für im Felde gefallene Genossen

L.-Dösen

Kummer, Georg

Arbeiter, 24 Jahre, März 17

Locke, Otto

Steindrucker, 35 Jahre, Oktober 17

Hellriegel, Paul

Arbeiter, 38 Jahre, November 17

L.-Ost

Schultze, Alfred

Buchbinder, 29 Jahre, 2. 9. 17

Hier gestorbene Mitglieder

L.-Lindenau

Graichen, Otto

Schleifer, 51 Jahre

L.-Stötteritz

Vieweg, Albert

Buchbinder, 40 Jahre.

Ehre ihrem Andenken!

Der Hauptvorstand.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Leipzig.

Am 24. April verschied im 48. Lebensjahr unter langjähriges treues Mitglied, der Kollege

Albert Vieweg.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Am 24. April verschied unter langjähriger Turn-

genosse

Albert Vieweg.

Sein Wirken im Verein und für unsere Turn-

sache sicherte ihm ein ehrendes Andenken.

TURNERBUND L.-STÖTTERITZ.

Die Turngenossen treffen sich zur Beerdigung

Sonntag, nachm. 2 Uhr, an der Weintraube.

Unsere Hoffnung auf ein Wiedersehen ist vernichtet.

Plötzlich und unerwartet erlebt ich die leidtraurige Nachricht, doch mein über alles geliebter Mann, der treu-
sorgende Vater eines einzigen Kindes, unser lieber, guter Sohn und Bruder, lieber Schwiegersohn, Onkel, Neffe und Cousin.

[3749]

Walter Grosse

Guhoparkholzstr. Nr. 781

am 13. April durch Fliegerbombe im Feldlazarett seinen schweren Verwundungen erlegen ist.

Knaufkleberg bei Knauhain, den 23. April 1918.

In tiefer Weh

die liebesträumte Gallin nebst Sohn

Elisabeth Grohé geb. Alische, nebst Eltern

Zur Nachwahl im 18. Wahlkreis.

Regierungssozialistische Heuchelei.

Die Regierungssozialisten in Zwickau verbreiten diesen Sonntag ein zweites Wahlflugblatt, mit dem sie die Wähler für sich einzuspannen suchen. Sie spekulieren darauf, dass die Wähler in ihrer übergroßen Mehrzahl Gegner eines Eroberungsfriedens sind, und versuchen den Wählern vorzuspiegeln, dass auch sie einen Eroberungsfrieden befürworten.

Un ihrem Flugblatt heißt es:

Heute gilt es, auch die dem deutschen Volke drohenden Gefahren abzuwenden und der alddeutsch-konservativen Heute gegen den Verständigungsfrieden ein entschiedenes Nein zu bieten. Geradezu vereinigt würden wir den Kriegszustand, wenn wir zu Eroberungen greifen würden.

Davon durch einen Eroberungsfrieden droht dem deutschen Volke die grösste Gefahr. Was aber tun die Regierungssozialisten?

Die Regierungssozialisten finden sich mit einem Eroberungsfrieden ab!

Ihr Zwickauer Organ hat erklärt, dass es einen Eroberungsfrieden hinnehmen würde. Die Zwickauer Regierungssozialisten wie die Regierungssozialisten überhaupt wollen also die Vereinigung des Kriegszustandes nicht entgegenziehen! Wer für sie stimmt, stimmt für Eroberungen, gegen den Verständigungsfrieden! Ihre Worte sind durchaus verlogen.

Die Regierungssozialisten jammern über die Steuerlasten, aber

Sie selbst haben dem Volke diese Lasten auferlegt,

indem sie für die Kriegskredite stimmten, die nun verzinst werden müssen!

Sie reden von ihrem Kampf für die Freiheit des Volkes, aber sie unterstützen eine Regierung, die die schärfste Gegnerin der Demokratie ist.

Die Agitation der Regierungssozialisten ist verlogen. Ihre Politik erreicht das Gegenteil von dem, was sie dem Volke versprechen.

Wer gegen den Verständigungsfrieden, gegen die Belastung der breiten Massen des Volkes durch Kriegskredite, für die Freiheit und Wohlheit des Volkes stimmen will, der wählt am 18. Mai

Fritz Hechert.

Das Vergnügen der Einsätzigen

Die Wohlmacher der Regierungssozialisten machen sich das Vergnügen, unsre Versammlungen möglichst zu verkleinern. Das Vergnügen der Armen im Gefüle. Von ihren Versammlungen schwören sie wohlmeidlich.

Es ist richtig, einige unsrer Versammlungen am vergangenen Sonnabend und Sonntag hatten unter der außergewöhnlich schlechten Witterung zu leiden, über deren Wirkung die Abhängigen selbst geplagt haben. Damit trösten sich nun die Regierungssozialisten. Ein billiger Trost!

Dass wir trotz der schlechten Witterung an einigen Orten sehr gute Versammlungen gehabt haben, die vom besten Geiste bestimmt waren, verschweigen sie natürlich. Es muß schlimm um sie stehen, wenn ihre Hoffnung sich an eine infolge des Wetters und insofern Störungen in der Bekanntmachung mißglückte Versammlung anklammern.

Auch ein Zitat!

Die Regierungssozialisten schwingen im Wahlkampfe den Rassentanz, weil sie sachlich nichts gegen unsre Partei vorzubringen wissen. Wenn denn schon einmal zittert werden soll, so wollen wir auch einmal zittern, sei es auch nur, um Herrn Meier zu zeigen, welche Varendienste ihm sein Stimmungsmacher Schöpflin mit seiner Kampfweise leistet.

Im Jahre 1916 tagte in der "Neuen Welt" in Reichenbach eine sozialdemokratische Vertrauensmännerversammlung des 22. Reichstagswahlkreises, der auch der Bezirkssekretär, Herr Meier aus Zwickau, bewohnte. Der Vertreter des Kreises, Herr Dr. Lenzsch, hielt einen Vortrag, in welchem er sein geliebtes Steckenpferd ritt: Die Niederwerbung Englands. Er empfahl das unbedingte Durchhalten, bis England in die Knie gezwungen sei. Aus der Mitte des Vertrauensmänner heraus wurde Herr Lenzsch darauf hingewiesen, dass bis zur Errichtung dieses Ziels noch viele Jahre Krieg geführt werden müssten, und dass das deutsche Volk, namentlich die Arbeiterschaft, dieses Ziel mit ungeheuern Opfern bezahlen werden müsse. Diese Ausführungen riefen Herrn Meier, gegenwärtig regierungssozialistischer Reichstagabgeordneter im 18. Wahlkreise, auf den Plan. Herr Meier verteidigte die Besitzierungspläne des Herrn Lenzsch und erklärte dann wörtlich:

Wenn das deutsche Volk unter ungünstiger Entwicklung zu leiden haben soll, dann ist durch unsre Nationierung des Lebensmittelhauses gesorgt, dass die Reichen und Besitzenden genau so werben leiden müssen, wie die Armen und Besitzlosen.

Auf diese Ausführungen erfolgte sofort heftiger Widerspruch aus der Mitte der Vertrauensmänner. Es wurde Herrn Meier zugerufen: "Na, da hört aber doch alles auf!"

Ob Herr Meier während des Wahlkampfes derartige Ansichten noch zu verteidigen wagt, oder ob er heute schamhaft verschweigt, dass er sich damals zum Unwalt der Reichen und Besitzenden aufgeworfen hat?

Und dieser Herr spielt sich als der Vertreter der Interessen der Arbeiterschaft und des besitzlosen Volkes auf! Wähler, seid Herrn Meier, dem Anwalt der Reichen und Besitzenden, keine Stimme, sondern wählt

Fritz Hechert.

Aus der Reichshauptstadt.

Aus dem Rathause.

Der Magistrat hatte in der letzten Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung beantragt, 1000 M. zur Ausfertigung von Ausweisarten für Lehrer und Schüler zu bewilligen. Durch diese Karte soll dem Unwesen entgegengesetzt werden, das an lebhaften Klagen über das Treiben jugendlicher Elemente auf den Straßen und auch in besonderen Mieträumen gejährt hat. Stadtrat Dr. Knauer (Dr. Fr.) führte hierzu aus, dass die vom Magistrat vorgeschlagenen Maßnahmen keinen durchgreifenden Erfolg haben werden. Der abhängige sozialdemokratische Stadtrat Brühns hält die Vorlage für wirkungslos. Schulrat an der Verbilligung der Jugend wäre auch die Sammelaktivität der Kinder. Stadtrat Dr. Weiß (Illnath, Soz.) nannte das Sammeln von Spenden durch die Kinder eine verderbliche Schnorraktivität. Es müsse daher geweckt werden, dass Schulkinder diese Art von Verbetätigkeit nicht mehr vornehmen. Stadtrat Cassel verurteilte den Ausdruck Schnorraktivität. Die Kinder sammeln im Interesse der Allgemeinheit. Allerdings wären zahlreiche grobe Verstöße vorgekommen. So sei es ihm passiert, dass er abends gegen 9 Uhr in der Haustür seiner Wohnung von zwei kleinen Mädchen angesprochen wurde. Sie wünschten, dass er Kriegsanleihe bei ihnen zeichnen solle. Solche Verbetätigkeit sei unzulässig und verwerthlich. Stadtrat Reimann stellte fest, dass die Verbetätigkeit der Kinder vom Minister empfohlen worden sei. Die Stadt könne nichts dazu tun. Mit der Erhöhung der Taxierungsauflagen und Kriegsbeiträgen erklärte sich die Verfassung noch klarer Erörterung nach den Vorschlägen des Magistrats einverstanden.

Das Urteil im Mordprozess Drachola lautete auf 8 Jahre und 2 Wochen Gefängnis unter Aufrichtung von 8 Monaten und zwei Wochen Unterforschungshaft. Das Gericht hielt den Angeklagten des Mordes und des versuchten schweren Raubes, sowie des unbefugten Waffentrags für überführt, rechnete ihm aber seine Minderwertigkeit als strafmildernd an.

Selbstmord. Freitagnachmorgen vernahmen die Bewohner des Hauses Lennéstraße 9 in Schöneberg in der Wohnung des Buchhalters Otto Hermann Löböhne, May öffnete die Wohnung und fand die Frau des Buchhalters und ihren elfjährigen Sohn Otto in bewusstlosem Zustand vor. Die Wohnung war mit Gas angefüllt. Frau Hermann war bereits tot. Das Kind gab noch Lebenszeichen von sich. Es wurde durch Tauerhoff wieder zum Bewußtsein gebracht und in das Augusta-Viktoria-Krankenhaus in Schöneberg übergeführt.

Eine Gasexplosion, bei der drei Personen ums Leben kamen, hat sich in der Mainzer Straße 17 in Lichtenberg ereignet. Im Erdgeschoss des Quergebäudes wohnt eine 80 Jahre alte Frau Marie Brandt, deren Mann im Felde steht, mit zwei Söhnen im Alter von 5 und 6 Jahren und einem erst einjährige Tochter einen Sohn. Gegen Mitternacht wurden die Bewohner des Quergebäudes durch einen Knall aus dem Schlaf geweckt. Die Ursache der Entzündung wurde in der Brandstoffs Wohnung ermittelt, aus der starke Gasgeruch drang. Als Nachbarn in die Wohnung eindrangen, fanden sie Frau Brandt leblos am Boden liegend im Schlaflzimmers, das vollständig mit Gas angefüllt war. Im Bett lagen die beiden Kinder, die ebenfalls tot waren. Der Säugling konnte wieder ins Leben zurückgerufen werden.

Zu dem Totschlag in der Steinstraße wird mitgeteilt, dass die Leiche der Frau Waldbow von dem Gerichtsarzt geöffnet wurde. Es ergab sich, dass die Frau herzkrank war und unter der Einwirkung der Schläge gestorben ist.

Auf der Straße herab. Angetreten wurde Donnerstag nacht die Frau Anna B. aus Grunewald, als sie die Potsdamer Straße passierte, von einem Mann und einer Handtasche mit Inhalt im Wert von 80 M. beraubt. Der Täter wurde später festgenommen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 27. April.

Stadtgemeinde Leipzig gegen Große Leipziger Straßenbahn-A.-G.

Vor dem Oberverwaltungsgericht in Dresden wurde in einer Anfechtungsfrage der Stadtgemeinde Leipzig verhandelt, die die Fahrpreishöhung bei der Leipziger Großen Straßenbahn-Aktiengesellschaft betrifft. Die Stadtgemeinde wurde durch Bürgermeister Roth vertreten. Als Beteiligte war die Gesellschaft beigetragen; als ihr Vertreter war Justizrat Dr. Veniger-Letzig erschienen. Ferner wohnten als Vertreter des öffentlichen Interesses Oberbürgermeister Krämer vom Ministerium des Innern und Finanzrat Dr. Schröder vom Finanzministerium der Verhandlung, die drei Stunden in Anspruch nahm.

Am 10. Juni 1917 teilte die Gesellschaft dem Senat mit, dass sie nicht mehr in der Lage sei, den 10 Pg. Einheitstarif aufrechtzuerhalten, und das deshalb eine neue Tariffestsetzung erfolgen müsse. Es wurde die Erhöhung des Fahrpreises auf 15 Pg. für eine einfache Fahrt und ein Preis von 20 Pg. für Umsteigefahrten für unbedingt erforderlich gehalten. Der Stadtrat verhielt sich zunächst ablehnend, es kam dann aber zu Verhandlungen zwischen dem Stadtrat und der Gesellschaft. Schließlich willigte der Stadtrat in eine Tarifhöhung (15 Pg. für jede einfache und Umsteigefahrt und Ausgabe von acht Scheinen für 1 M.) ein, machte sie jedoch von der Voraussetzung der Wiedereinführung von 250 betriebsfähigen Motorwagen abhängig. Der Gesellschaft waren diese Zugeständnisse ungenügend.

Inzwischen wurde eine ministerielle Verordnung erlassen, nach der die Regierung eine Tarifhöhung widerruflich genehmigt und es nicht als tunlich bezeichnete, die Tarifhöhung erst dann in Kraft treten zu lassen, wenn weitere 250 betriebsfähige Motorwagen zur Verfügung stehen. Um um den Verkehr herabzuholen und eine Schonung des stark überlasteten und abgenutzten Wagenmaterials herbeizuführen, mache sich eine Fahrpreishöhung notwendig. Die Direktion wurde ermächtigt, vom 1. Februar an für eine einfache Fahrt 15 Pg. und für Umsteigefahrten 20 Pg. zu erheben.

Gegen die ministerielle Tarifhöhung richtet sich die Anfechtungsfrage der Stadtgemeinde. Es wird in formeller Beziehung geltend gemacht, dass die Stadtgemeinde als "Beteiligte" in Frage komme, da ihr als Hersteller der öffentlichen Verkehrsräume das Verfügungsberecht über die Straßen und Plätze zustehe. In dieses Verfügungsberecht greife die ministerielle Verordnung ein. Die Tarifhöhung durch die Regierung sei ohne vorheriges Gehör des Stadtrates erfolgt, so dass dieser seinen Standpunkt nicht zur Geltung habe bringen können. Die Große Leipziger Straßenbahn-Aktiengesellschaft bestreitet, da die Tarifhöhung alle Schichten der Bevölkerung betrifft. Die Stadtgemeinde darf besondere Bedingungen an die Überlassung der öffentlichen Verkehrsräume knüpfen, einmal als Eigentümerin der Straßen und dann auch als Selbstverwaltungsträger. Die Große Leipziger Straßenbahn-Aktiengesellschaft darf nicht selbstständig die Fahrpreise festsetzen, sondern sei an die Bedingungen der Stadtgemeinde gebunden. Der auf Vereinbarung zwischen Stadtgemeinde und Gesellschaft beruhende Tarif unterliege dann der Genehmigung der Staatsbehörde.

Im Termin vor dem Oberverwaltungsgericht führt Bürgermeister Roth aus, dass die Gesellschaft schon seit Anfang des Jahrhunderts eine Tarif erhöhung beantragt und dem Stadtrat zum Vorwurf gemacht habe, dass er diesem Antrage nicht stattgegeben habe. Die Entwicklung des Straßenbahngesellschafts rechtliche aber das Verhalten des Stadtrates. Trotz Nichterhöhung des Tarifs habe sich die Gesellschaft sehr günstig entwickelt. Das gehe auch deutlich aus dem Geschäftsbericht der Gesellschaft auf das Jahr 1917 hervor. Der Stadtrat wusste, die die Einnahmen anormal hoch waren, selbstverständlich waren auch die Ausgaben höher geworden. Er musste sich deshalb auf den Standpunkt stellen, dass in einer Zeit, in der durch die Kriegsverhältnisse zahlreiche größere und kleinere Betriebe geschädigt werden, auch die Große Leipziger Straßenbahn-Aktiengesellschaft ein gewisses Missle übernehmen müsse. Wenn die Gesellschaft für 1917 nur eine Dividende von 5 Prozent verteilt habe, so sei damit nicht gesagt, dass ebenso ihre Einnahmen begrenzt gewesen sind. Aus dem Geschäftsbericht ergäbe sich, dass nicht weniger als 2½ Millionen in den Erneuerungsarbeiten und fast ebensoviel für Wohlfahrts- und andre Zwecke aufgewandt worden sind gegen 1.050.000 M. in früheren Jahren. Ferner wurden weitere Abschreibungen auf Wertpapiere in Höhe von 315.000 M. vorgenommen. Beim Abschluss des Aufsichtsberichts zwischen den beiden Straßenbahngesellschaften seien einmalige Aufwendungen gemacht worden, die bei einem Aktienkapital von annähernd 20 Millionen einer weiteren Dividende von ½ Prozent gleichkommen. Außerdem seien den Aktionären der "Elektrischen" auf jede Aktie 50 M. herausgezahlt worden, das bedeutet eine Auswendung von 500.000 M. = 2½ Prozent Dividende. Alle diese Verträge habe das Unternehmen 1917 aus laufenden Mitteln bestreitet.

Der Vertreter der Gesellschaft bemerkte, die technische und finanzielle Leistungsfähigkeit der Gesellschaft sei wohl bei den Verhandlungen von großer Wichtigkeit gewesen, im Rechtsstreit kommen aber weniger darauf an. Die Verhältnisse der Gesellschaft hätten sich seit 1901 gewiss verbessert, eine Tarifhöhung sei nicht notwendig geworden. Die Gesellschaft habe aber schon vor 1901 zehn Prozent Dividende verteilt, die dann infolge des damaligen allgemeinen wirtschaftlichen Niedergangs auf 5½ Prozent gesunken. Gleichzeitig habe das Unternehmen 1917 aussergewöhnliche Gewinne erzielt.

Bürgermeister Krämer vom Ministerium des Innern legte den Standpunkt der Regierung dar. Die strittigen Fragen sollten im Kleinstbahnhof geregelt werden, das aber selber seinerzeit nicht zur Verabschiedung gelangt sei; es wird dem Landtag nach dem Aktionen wieder zugehen. Nicht wahr sei es, dass die Stadtgemeinde nicht ausreichend vorher gehört worden sei. Eine Selbstverwaltung besteht aus diesem Gebiete für die Gemeinde überhaupt nicht, denn die Tariffrage sei Hoheitsrecht des Staates. Alles Wonne auch von einem Eingriff in das Selbstverwaltungrecht der Stadtgemeinde keine Rede sein.

Die Fürsorge für die geldlichen Verhältnisse der Gesellschaft habe für das Ministerium eine untergeordnete Rolle gespielt. Wahrscheinlich sei lediglich der Geschäftspunkt gewesen, dass der Verkehr aufrechterhalten werden sollte. Durch die Fahrpreishöhung sollte eine Selbstverringerung herbeigeführt werden.

Es folgten noch weitere Auseinandersetzungen zwischen den Parteien. Dann verließ der Richterhof den Beschluss, dass die Entscheidung den Parteien schriftlich angestellt werden soll.

Ein Beitrag zur Säuglings- und Mutterfürsorge.

Ein Familienvater bittet uns um Aufnahme folgenden Notrufs, den wir kommentarlos abdrucken, weil jede Bemerkung den Eindruck nur abschwächen könnte.

Am 10. März ist meine Frau von einem Arzt unter lebensgefährlichen Umständen von einem ausnahmsweise kräftigen Jungen entbunden worden. Meine Frau wollte nun das Kind auch selbst stillen und hat es auch getan, aber unter was für Begleitumständen: Bier Wochen vergingen, aber die Lebendmittel für Säugling und stillende Mutter blieben aus, außer einem Viertelpfund Butter und einem Liter Milch von der Gemeinde Markranstädt. In dieser Zeit stellten sich Fälle bei meiner Frau ein, wie belliegendes Attest beweist. Der Arzt war sehr ungeduldig und schickte meine Frau nach dem Nahrungsmittelamt, dann zum Bürgermeister und Stadtrat. Dort wurde erklärt, sie sollte die Zeit abwarten, die Amtshauptmannschaft müsse bald kommen. Nach vielen Dia und Herbekam meine Frau ganze 2 Pfund Ersatz. Nunmehr fehlten meine Erkundigungen bei der Amtshauptmannschaft ein. Dort wurde mir nochmal erklärt, Markranstädt wolle die Lebendmittel für die Säuglinge selbst anstellen und hätte sich geweigert, die Zeitungsveröffentlichungen zu bezahlen. Diesen Bescheid belasten wir direkt von der Säuglingsfürsorge. Da muss es doch seine Richtigkeit haben. Nun ging das Theater erst los. Der Stadtrat von hier wollte nichts wissen; die Amtshauptmannschaft loante keinen andern Bescheid geben, so ging das nun 14 Tage und meine Frau wurde immer elender. Da endlich sollte am 18. April ein Richter in das Dunkel fallen. Ich wurde nach der Amtshauptmannschaft Zimmer 35 berichtet. Dort erklärte mir der anwesende Beamte, dass am nächsten Tage die Angelegenheit Markranstädt mit untersucht würde, fröhligens Sonnabend, 20. April, sollte Nachricht hier sein. Am 22. April war auf dem Rathaus noch kein Bescheid bekannt. Nach nochmaliger Vorstellung sagte mir der Bürgermeister am 24. April, es wäre nochmal Bericht erststattet und meine Frau sollte nur warten, und das heute in der siebten Woche. So sind die Auskünfte immer zuverlässig. Ich bemerkte noch, dass ich Kleingeldvoll da bin. Von den Nahrungsmitteln, die ich von der Jugendfürsorge bekomme (natürlich gegen Bezahlung), habe ich meiner Frau viel zugute kommen lassen — und mir mit kräftigem Essen selbst so nötig.

Aus der Halt entlassen sind am Freitag eine Anzahl Genossen und Genossinnen, die aus Anlass des Sammelstreiks in Untersuchungshaft genommen wurden. In Halt befinden sich noch die Genossen Dicke, Kurze und Lipinski. Hoffen wir, dass die in die deutsche Freiheit zurückgekehrten Genossen und Genossinnen keinen allzu schweren Schaden erlitten haben, und dass auch die noch in Halt befindlichen Genossen die Leiden gut überstehen mögen.

Die neuen Gewerbe-Kohlenkarten werden an die Verbraucher, die schon im vergangenen Winter Brennstoffe aus Gewerbe-Kohlenkarten bezogen haben, seit dem 22. April d. J. bei der Orliskohlenstelle, Mitterstraße 28, II., Zimmer 48, ausgegeben. Sie sind nach der Reihsenfolge des Alphabets an bestimmten Tagen abholen. Die in der Bekanntmachung vom 20. April d. J. angegeben sind. Da diese Reihsenfolge vielfach nicht eingehalten oder die Abholung überhaupt unterlassen wird, sei auf jene Bekanntmachung nochmals ausdrücklich verwiesen.

Päckchen an die Westfront. Neben den Privatpaketen werden auch nichtamtliche Feldpostbriefe über 50 Gramm (Päckchen) an die Truppenangehörigen der Westfront und des Großen Hauptquartiers sowie an Heeresangehörige im Generalkommando Belgien und in Luxemburg von jetzt an wieder angenommen. Im Einverständnis mit der Heeresleitung wird indes bringend darauf gewarnt, mit diesen Päckchen und Paketen leicht verderbliche Nahrungsmittel ins Feld zu schicken.

Das Schulmuseum (Dölln, 20. Beiselschule, Haltestelle Matheus Dölln der D-Linie) ist vom 28. April an wieder für den allgemeinen Besuch am Mittwoch und Sonnabend von 4-6 Uhr, sowie an den Sonntagen: 28. April, 6. Mai, 2. und 16. Juni von 11-1 Uhr geöffnet. Am den Sonntagen finden regelmäßige Führungen statt. Gegenwärtig sind in der Abteilung Zeichnen die Arbeiten der von der Schulbehörde eingerichteten Sonderkurse für Zeichnen an den Volksschulen, sowie Beiträge zur Geschichte der Schule ausgestellt. Diese veranschaulichen durch Beispiel und Gegenbeispiel Haus und Schule auf ein Gebiet hinzuwenden, das erhöhte Beachtung verdient, und werden dem Besucher vielseitige Anregung geben.

Ein Aufruf der Kriegsnotspende. Die Kriegsnotspende wirbt in einem Aufruf der vorliegenden Nummer um neue Monatsbeiträge. Das Schauspiel teilt hierzu mit, daß die außerordentliche Anspruchnahme, die im vergangenen Winter eingesezt hat und über die vielfach berichtet wurde, das Vankathaben des Kriegsnotspenden in einem Maße aufgezehrt hat, daß sich eine wesentliche Einschränkung der Unterstützungen nötig machen würde, wenn die Monatsentlastung sich nicht bedeutend heben lassen.

Arbeiterbildungsinstitut. Die für den 5. Mai im Operettentheater angezeigte Operette Eva, das Fabrikmädchen kann nicht gegeben werden. Dafür wird Der liebe Augustin, Operette von Leo Fall, aufgeführt. — Im Alten Theater ist die Aufsangszeit nicht 7 Uhr, sondern $\frac{1}{2}$ 8 Uhr.

Neue Säuglingskrippe. Am 1. Mai eröffnet die Leipziger Krippen-Vereinigung E. V. in Eutritsch, Bleicherstraße 5 (Tel. 11228) eine neue Säuglingskrippe mit Tag- und Nachtbetrieb. Anmeldungen nimmt schon jetzt entgegen die dortige Oberin.

Der Verkauf von Graupen unter städtischer Rücksicht betrifft eine Bekanntmachung, die in der heutigen Ausgabe abgedruckt ist.

Knochenverkauf auf dem Schlachthofe. Montag, den 29. April, von 8 bis 10 Uhr: Verkauf an die Nummern von 84001 bis 84500; von 10 bis 12 Uhr: Verkauf nur an Uralauer. Passendes Kleingeld und zwei Fleischmarken H sind mitzubringen. — Nachmittags von $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{2}$ Uhr: Verkauf von Knochen-Verkäufern auf Guldscheine der Firma Augustin, und zwar von Nr. 89001 bis 42000. Abgegeben werden je 80 Stück zum Preise von 75 Pf.

Freibank I: Heute Nr. 6241 bis 6900; **Freibank II:** Nr. 2511 bis 2960.

Schellenberger. Heute Nr. 4551 bis 4750.

Veranstaltungen der Jugendvereine. Alt-Leipzig. Sonntag: Nachmittagsausflug, Treffen $\frac{1}{2}$ Uhr an der Endstation Leipzig-Stötterich; abends Spielen im Metropol; Dienstag: Vereinsabend. — L-Gutleuth. Sonntag: Spiele im Freien; Donnerstag: Fragezeittelstaltung. — L-Kleinzschocher. Sonntag: Brudervereinbesuch in Schönfeld, Treffen um 8 Uhr im Heim; Mittwoch: Generalversammlung. Das Erstellen aller Mitglieder ist notwendig. — L-Undenau-Plagwitz-Schleußig. Sonntag: Generalversammlung, Anfang $\frac{1}{2}$ Uhr; Dienstag: Fragezeittelstaltung; Freitag: Spielen auf der Sonnenwiese. — L-Döß. Sonntag: Besuch des Unterhaltungsabends des Arbeiterturnvereins in den drei Dörfern. Anfang 5 Uhr; Mittwoch: Vereinsabend. — L-Schneidels. Sonntag: Nachmittags 2 Uhr Treffen zur Schnellzeit; abends bleibt das Heim geschlossen; Donnerstag: Abendausflug, Treffen $\frac{1}{2}$ Uhr. — L-Stötterich. Sonntag: Tagessausflug nach dem Senftenberg, Treffpunkt $\frac{1}{2}$ Uhr an der Weintraube; Donnerstag: Versammlung. — Leipzig-Thonberg. Sonntag: Geselliges Beisammensein, Anfang 6 Uhr; Donnerstag: Vereinsabend. — L-Zöb. Sonntag: Tagessausflug nach dem Hohsburger Bergen, Abfahrt Sonnabend 7 Uhr 45 Min. vom Hauptbahnhof (Säckl. Seite); Donnerstag: Übungsbabend (Instrumente und Liederbücher mitbringen). — Großzschocher. Sonntag: Unterhaltungsabend; Donnerstag: Generalversammlung. — Markranstädt. Mittwoch: Übungsbabend.

Börsenberichte.

Unteroffizier als Einzelhandelsbetrieb. Unter der schwedischen Augabe, er sei zur Bahnhofskommandantur kommandiert, hatte sich Anfang April ein etwa 20 Jahre alter Mensch in feldgrauer Unteroffiziersuniform, braunen Stiefelstiefeln und gleichen Gamaschen, der etwa 1,70 bis 1,75 Meter groß war, gefundene Geschäftssache hatte und kurz geschnittenes Haar trug, in der Inselstraße eingemietet, und, um von vornherein keine Bedenken zu erregen, die Wohnungsmiete auf eine Woche im voraus bezahlt. Plötzlich war er unter Auflassung verschiedener Gegenstände, die keinen besonderen Wert haben, verschwunden und mit ihm ein neues Damen-Pelzjackett mit Samtstutzen, ein brauner Damen-Pelzmantel, ein grauer Staubmantel und ein grünholziger Wettermantel im Gesamtwerte von 800 M. Vor dem Menschen, der sich in diesem Falle Hans König genannt hatte, wird gewarnt.

Tödlicher Unfall. Ein neun Jahre alter Knabe aus Sellerhausen ist am 25. April, nach 8 Uhr abends, in der Warzener Straße mit andern Kindern spielend aus einem Torwege über den Fußweg in ein des Weges kommendes Auto hineingelaufen, und vom rechten Kotflügel umgerissen und vom rechten Borderrade überfahren worden und kurz darauf an dem hierbei entstandenen Schädelbruch gestorben. Obgleich der Führer des Autos möglich schnell gefahren ist und auch den Knaben ankommen gesehen hat, war es ihm trotz sofortigen Bremsens nicht möglich, das Unglück zu verhindern.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Borsdorf. Aus dem Gemeinderat. In Sachen der Knochenförderung wird einstimmig beschlossen, die Beschwerdebeschrikt an die Kreishauptmannschaft weiterzugeben. — Dem Kauf eines etwa 6000 Quadratmeter großen Areals zum Preise von 21000 Mark zur Errichtung von Kleingärten wird zugestimmt. Gleichzeitig wurde ein Ausschuss gewählt, der sich mit der Kleingartenfrage beschäftigen soll. — Der Borsdorfer stellt die Fertigstellung des Haushaltungsplans für die nächsten Tage in Aussicht und versichert, daß auch in diesem Jahr mit einem Steuersatz von 100 Proz. auszukommen sein wird. Die Bezirkssteuer wird voraussichtlich 20000 Mark betragen. — Alsdann wurde die Amtsbaner der einzelnen Gemeindebeamten durch das Dorf entschärft. Demnach ist in der 1. Klasse der Ansässigen Herr Hoppe auf 6, Herr Gutschick auf

4 Jahre gewählt; in der 2. Klasse der Ansässigen dauert die Wahlperiode des Herrn Walter 6 Jahre, diejenige der Herren Denzsch und Möhner je 4 Jahre; in der 1. Klasse der Unansässigen gilt Gleisnose Anna als auf 6 Jahre, in der 2. Klasse der Unansässigen Herr Heinrich auf 6 und Herr Mennig auf 4 Jahre gewählt. Es scheiden Ende dieses Jahres aus: in der 1. Klasse der Ansässigen: Herr Montag; in der 2. Klasse der Ansässigen: die Herren Jahn und Lehmann; in der 1. Klasse der Unansässigen: Herr Müller. — Die Frage der Befreiung des Postens eines Fleischbeschauers dürfte dadurch ihre Erledigung finden, daß vorwiegendlich ein Tierarzt seinen Sitz in Niederdorf nimmt. — Die Tagespesen für die Mitglieder des Gemeinderats bei Dienstreisen usw. werden auf 10 M. für die Gemeindebeamten auf 8 M. festgesetzt. — Auf eine Beschwerde von Dr. Vogt wegen des schlechten Zustandes des Flughafens wird beschlossen, das Bad auszubessern und während der Badegäste einen Wärter anzustellen.

Sommerfeld. **Brotkarten-Ausgabe.** Nächsten Montag sind die neuen Brotkarten im Meldeamt in folgender Reihenfolge von erwachsenen Personen abzuholen: Arnolds- und Hauptstraße von 8 bis $\frac{1}{2}$ 10 Uhr, Leipziger Straße von 1610 bis 11 Uhr, Eisenbahnstraße von 11 bis 12 Uhr, Süß- und Weststraße von 3 bis 4 Uhr, die andern Straßen von 4 bis 5 Uhr.

— Die Versteigerung der Grabnugung der Gemeinde und der Altkommune findet am 1. Mai, abends 8 Uhr, im Bahnhofrestaurant statt.

Rötha. Die Zeit der Ausfälle ist wieder da. Es sei deshalb erneut darauf hingewiesen, daß der organisierten Arbeiterschaft von Rötha nur der Gasthof zur Stadt Leipzig zur Abhaltung von Versammlungen zur Verfügung steht. Unter Versammlungsort ist das bestgeeignete Lokal der Stadt. Es hat saubere, gute Beleuchtung, bietet eine praktese Würzung und besteht schöne Räume, die sich auch für größere Gesellschaften eignen. Die Lokalkommission.

Rötha. Hühnerfutter wird am Dienstag von 1 bis 6 Uhr an nicht Landwirtschaft treibende Hühnerhalter in der städtischen Versauffstelle abgegeben.

Markranstädt. Der Butterverkauf erfolgt auf Abschnitt N der Landesfeiltscheite Montag, den 29. April, von vormittags $\frac{1}{2}$ bis 1 Uhr ab für die Inhaber der blauen Ausweiskarten: Nr. 1-1000 bei Brüttigau, 1001-2000 bei Dehoff, 2001-3000 bei Roher, 3001-4000 bei Pötschel, 4001-5000 bei Michel, 5001-6000 bei Weber, 6001-7000 bei Barthius, 7001-8000 für Militärlauber und Kranke bei Hünninger. Der Preis für das Achtpfund Butter beträgt 48 Pf.

Ellenburg. **Städtischer Warenverkauf.** Auf Bezugsscheine 57 wird verabfolgt $\frac{1}{2}$ Pfund Hünbeerkost zu 14 Pf.; auf Bezugsschein 58 Knorr's Suppenmittel gegen Voranmeldung. Preis 1 Pfund 10 Pf.; auf Bezugsschein 59 $\frac{1}{2}$ Pfund Marmelade.

— Die Ausgabe der Brotkarten einschließlich der Brotzulässchen für Kinder unter 6 Jahren für Monat Mai sowie der normalen Lebensmittelzulässchen findet am Montag, den 29. April, in der üblichen Weise von 9 bis 12 Uhr in den Schulen statt.

Röthen. Die Milchkarten-Ausgabe für den Monat Mai erfolgt am 30. April von 11 bis 12 Uhr in den Schulen in der üblichen Weise. Kranke erhalten Milchkarten in derselben Zeit im Polizeibureau.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse für die Stadt Leipzig

zählte am 31. März 1918 170 002 Mitglieder (gegen 164 003 im Jahre 1917), und zwar 79 616 (81 111) männliche und 90 386 (88 402) weibliche Personen. Melbungen einschließlich der Invaliden- und Hinterbliebenen-Berichtserstattung gingen ein: 85 009 (88 637), und zwar 17 988 (20 225) Anmeldungen und 17 131 (18 412) Abmeldungen. Mitgliedsbücher waren 2967 (3104) auszufertigen. Krankenanmeldungen erfolgten von 2565 (2682) männlichen und 2978 (3060) weiblichen erwerbsfähigen Mitgliedern einschl. 214 (204) Wöhnerinnen. Krankenhauspflege erhielten 478 (500) Mitglieder, also der 11. Teil der sämtlichen erwerbsfähig erkrankten Mitglieder. In Kranken-, Haus- und Wohngeld wurden im Monat März 888 488,21 (854 005,45) M. gewährt, außerdem ein Kriegszuschlag von 55 297,07 M. und 25 102,48 M. (22 780,80) M. an Sterbegeld, und zwar 21 502,48 M. für Mitglieder und 3000—M. für Angehörige. Im Monat März entfallen ca. 15 000 M. bare Unterstützungen auf einen Tag. In den drei Monaten des laufenden Jahres wurden an Kranken-, Haus- und Wohngeld zusammen 103 680,08 M. (932 670,95 M.) und an Sterbegeld 04 139,79 M. (54 241,78 M.) ausgeschüttet. In der von der Ortskrankenkasse sowie verschiedenen Betriebskrankenklasen in Leipzig errichteten Zentralstelle für Krankenmittagstakt wurden im Berichtsmonate insgesamt 1920 Mittagsgerichte an 105 erwerbsfähige Mitglieder verabreicht. Die vollen Leistungen der Kasse für 20 resp. 24 Wochen für eine ununterbrochene Krankheit erhielten 101 Mitglieder. Von den 18 angestellten Krankenkontrolleuren wurden 17 112 und von den freiwilligen Krankenbegleitern nach den hier vorliegenden Mitteilungen 8047 Besuche gemacht. Wegen Zuwidderhandlungen gegen die Satzung wurden insgesamt 777 (750) schriftliche Anzeigen erstattet. In 643 Fällen wurden Strafen in verschiedener Höhe verhängt, in den übrigen Fällen dagegen entsprechende Verwarnungen erlassen. In den Hilfsstellen haben an den Sonnabenden 20 297 Personen, und zwar 1840 im Café Eggersfür, Tauchaer Str. 25, 1422 in L-Plagwitz, 2008 in L-Undenau, 2114 in L-Gohlis, 1183 in L-Kleinzschocher, 1902 in L-Neuenditz, 2122 in L-Reuditz, 2541 in L-Reuditz, 1751 in L-Connewitz und 3314 im Volksbad, Böhler Straße 32, das Krankengeld erhoben. An Wannen-, Bassin- und Dampfbademärkten wurden 420 Stile an die Mitglieder oder deren Angehörige verabfolgt. Der Verkauf erfolgt nach wie vor ohne ärztliche Verordnung gegen ermäßigten Kostenpreis sowohl im Hauptbüro, als auch in den vorerwähnten Villalen.

Im Berichtsmonat fanden Aufnahmen in der Heimstätte Gleesberg. — männl. 39 weibl. Mitglieder im der Heimstätte Fürstel. — 27 " " " im Genesungshaus Augustusbad 10 " 40 " " im Erholungshaus Naunhof. — 18 " " "

Zusammen 37 männl. 106 weibl. Mitglieder

In der Zeit vom Dezember 1914 bis März 1918 sind auf Grund der Bekanntmachung vom 9. Dezember 1914, betr. Wohngeld während des Krieges, in 8154 Fällen 804 519,90 M. gezahlt

worden, und zwar an Einbundungskosten 182 050.— M. an Wohngeld 975 400,35 M. an Wohngeld bei Schwangerschaftsbeschwerden 3068,80 M., an Stillgeld 243 100,25 M.

Auf Grund der Bekanntmachung vom 28. April 1915 betrug die Ausgabe in den Monaten Mai 1915 bis März 1918 in 1077 Fällen 69 042,25 M., und zwar 26 382,— M. Einbundungskosten, 14 902,85 M. Wohngeld, 28 209,80 M. Stillgeld, 810.— M. einmalige Unterstützungen und 397,00 M. Wohngeld bei Schwangerschaftsbeschwerden.

Die eingeklammerten Zahlen betreffen den gleichen Monat des Vorjahrs.

Bvereine und Versammlungen.

Döbelverein Großzschocher-Windorf.

Der Verein zählte am 1. April 505 männliche und 54 weibliche Mitglieder, 400 Jungen im Kriegsdienst. Ausgetreten sind 5 männliche und 7 weibliche Mitglieder. Das Andenken des im Felde gefallenen Genossen Otto Müller und des dahin gestorbenen Genossen Böhme wurde durch Aufstellen von den Plänen getragen. Eine Einnahme von 388,11 M. stand die gleiche Ausgabe gegenüber. An die Hauptrasse wurden 250 M. abgeliefert, Rassenbestand betrug am 1. April 12,77 M. Die Nevisoren haben Kasse und Bücher in bester Ordnung gefunden und beantragten, den Kassierer zu entlasten. Die Bibliothek soll auch im Sommerhalbjahr geschlossen bleiben. Genosse Ohmann erklärt sich jedoch bereit, Erwachsenen im Begegnungssaal die Ausgaben zu übernehmen. Die Wahl eines Kassierers wurde bis zur nächsten Versammlung verschoben. Der Jugendverein hält seine Abende in Zukunft im Gasthof zur Mühle ab. Als Generalversammlungsvorsteher werden die Genossen Denzsch, Wienbaum, Bauble, Meißl, Koch und die Genossinnen Krumme und Meißl gewählt.

Briefkassen der Redaktion.

M. Z. 1891. 1. Der Ehemann war nur verpflichtet, die Summe zu zahlen, zu der er verurteilt worden war. Er haftet also für die bezogenen Unterstützungen mir dann, wenn er seinen Verpflichtungen, die ihm das Urteil auferlegt hat, nicht nachkommen ist. 2. Auf diese Möbel hat der geschiedene Ehemann keinen Anspruch. Als Erben kommen nur die Kinder in Frage. 3. Das Armenamt kann sich an dem Nachlass schadlos halten.

P. Z. 1890. Die Landstrumleute, die im Jahre 1860 geboren sind, sollen spätestens bis zum 30. April d. J. entlassen werden, wenn sie nicht freiwillig bei der Armee bleiben.

E. C. 28 a. Sie müssen die Firma gerichtlich ins Handelsregister eintragen lassen.

W. Z. 1890. 1. Wenn die Söhne einer Familie durch Ableistung ihrer gesetzlichen zwei- oder dreijährigen Dienstzeit eine Gesamtdeildienstzeit von sechs Jahren zurückgelegt haben, so erhält die Familie auf Verlangen Aufwandentschädigung in Höhe von 240 M. jährlich für jedes weitere Dienstjahr eines seiner gesetzlichen zwei- oder dreijährigen Dienstpflichtigen Söhnen. Es kommt also nur die Dienstzeit aller militärischpflichtigen Akten in Frage; ihnen gleichgestellt sind während des Krieges die Wehrpflichtigen, die vor Erreichung des militärischen Alters in das Heer eingestellt werden. Der Antrag ist an die Gemeindebehörde zu richten. 2. Sie können die Broschüre durch unsre Buchhandlung begleichen.

100 Belegs. 1. Ein unrechtmäßiges Kind hebert die Mutter. 2. Liegt kein Testament vor, so erhält der überlebende Ehegatte ein Viertel des Nachlasses. Drei Viertel erhalten die Kinder. Ist Testament gemacht, so hat das Kind Anspruch auf den Pflichtteil. 3. Ihre Frau muß sich an das Gericht in Würzburg wenden. 4. Über die Verpflegung müssen Sie Beschwerde führen.

W. G. 100. Der Urlaub wird Ihnen angerechnet werden, aber Sie müssen etatmäßiger Unteroffizier sein, und zweckmäßig ist es, die Meldung einzurichten, wenn Sie wieder bei Ihrem Truppenteil sind. L. B. 93. B 70: Fehler an den Fingern, die den aktiven Dienst einschränken. — ohne Waffe oder den Dienst in der Erzgießerei ermöglichen. A. 7: Narben, die aber die Fähigkeit zum Dienst mit der Waffe nicht ausschließen. Geschetzer B. Ein Gesetz darüber besteht nicht. Die Fälle über Vöhne und Verpflegungsgelder werden von der Militärbehörde festgestellt. Sind Sie an sieig, so reichen Sie eine Beschwerde ein.

M. M. Nach § 10 Abs. 2 des Familienunterstützungsgesetzes findet eine Abzahlung überhöherer Familieneinstellung nicht statt. Auch auf Grund der §§ 204 und 278 sowie 400 des V. G. in Verbindung mit § 850 Abs. 1 Ziff. 1 oder 3 d. Z.-P.-O. ist Familienunterstützung nicht übertragbar, nicht pfändbar, es kann dagegen nicht aufgerechnet, auch kein Zurückbehaltungsrecht gelingt gemacht werden. Berechtigt waren Sie nur, für die ersten vier Wochen Unterstützung zu beziehen.

Iwei Streitende. Liegt ein militärischer Befehl vor, so muss ihm nochgetreten werden. Im allgemeinen soll ein Zwang nicht ausgelöst werden.

172. Sächsische Landeslotterie.

Ohne Gewinn! Meldung vom 27. April. Meldurst verboten!

Gewinne zu 3000 Mark. 762 1528 4201 7172 4028 47771 52481 52643 54068 56485 57907 58880 61289 66653 74158 84125 88550 94182 64008 90833 103780 105508

Gewinne zu 2000 Mark. 8680 11101 17908 17158 21834 23290 25747 29071 30284 40313 47700 51920 54869 55496 61256 68239 08446 68105 68121 70489 78803 74023 82204 85657 890

Friedlose Zeit.

Roman aus den letzten Jahren Karls XII.

Von Fredrik Persson.

Autoriserte Uebersetzung aus dem Schwedischen.

10

Nachdruck verboten.

VII.

Einige Tage später wurde das Grotal heimgesucht. Eine Abteilung Soldaten drang von Norden her durch die Wälder vor. In zerstreuter Ordnung marschierten sie, die Flinten auf dem Rücken, auf den gewundenen Pfaden, die Menschen und Tiere auf dem Wege von und nach abgelegenen Almen im Hochwald getreten hatten. Vor ein paar Tagen war man in Nissmark aufgebrochen, um auf der schwedischen Seite Beute zu machen.

In norwegischen Solde stehende Spione hatten berichtet, kein Feind längs der Grenze sei so schlecht bewacht wie das Grotal. Männer seien nicht zu Hause, nur Frauen und Kinder. Nicht der geringste Widerstand sei zu erwarten, man werde plündern können nach Herzschluss.

Die Bauern von Hedemarken, die Grenzwacht hielten, hätten nicht ausdrücklich müssen. Leutnant Mönnow, der den Auftrag erhalten hatte, die Expedition zu leiten und nach Nissmark geeignete Mannschaft auszuwählen, hatte keine, die seit Jahrzehnten freundlich mit den Schweden verkehrten, nicht für ganz zuverlässig gehalten. Nur kriegergewohnte Verlustsoldaten konnte er brauchen, die, wenn es darauf ankam, mit den Kisten dreinschlagen und die Brandfackel zu schwingen verstehen. Zwei Nächte campierte der Soldatenhauptmann in den Wäldern, in der Frühe des dritten Tages brach man auf. Vor Sonnenuntergang war man fertig, und am Vormittag sah man von einer Anhöhe aus das Grotal still und verlassen im Sonnenschein vor sich liegen.

Ein ärmlicher Sprengel, scheint es, murmelte Mönnow, starke Gehöft, eine tiergestrichene Holzhütte — kann der Mühle wert. Bleibt aber die ökonomische Ausbeute gering, wie ich fürchte, so wird die moralische um so ärger. Wir zählen dem König Karl seine Plünderungen in Norwegen hhm. Und die Ehre, die Ehre! fügte der Leutnant hinzu, und seine Augen blitzen.

Die Norweger fanden im Grotal nicht den geringsten Widerstand. Kein Mensch war ansehen. In der Dämmerung zogen sie von Gehöft zu Gehöft. Türen und Fenster wurden mit Flintenkolben eingeschlagen. Die Flitter wurden durchsucht, aber nichts oder so gut wie nichts gefunden, das es sich lohne mitzunehmen. Das versuchte Schwedenpack hatte alles versteckt, und der Teufel möchte wissen, wohin sie geslichtet waren. Nach Menschen zu suchen, um sich mit ihnen herumzuschlagen und Steuern zu erpressen, schien ungünstig ebenso ausgeschlossen, wie eine Stecknadel in einem Haushalter zu suchen. Kein Tassel vermochte in diesen endlosen Wäldern die Grotalsleute aufzufinden! Das einzige, was man tun konnte, war, die Höfe anzuzünden und dann wieder zurückzukehren.

Und ein Haus nach dem andern wurde angezündet. Voraus marschierte, nach Süden zu, die Plünderhorde unter dem Befehl des Leutnants, hinterdrein kamen, die zur Brandlegung kommandiert waren. Ein Korporeal führte sie, ein Däne von Geburt.

Schwarze Rauchwolken qualmten zum hellblauen Himmel empor. Kurz und schnell flogen die Flammen durch Türen und Fenster. Binnen kurzer Zeit füllten die dichten wogenden Flammenmassen das Tal mit ihrem bejährenden Geruch und verbreiteten den Himmel; wie ein rotglühender eiserner Ball leuchtete die Sonne durch den Rauch. Als aber die Täler einstürzten, liegen Staubaden springender Funken in die Höhe, und die Funken zusammen mit den Flammen färbten den Rauch blutrot.

Am Nachmittag war Leutnant Mönnow bis zum Pfarrhof und der Kirche vornebrunnen. Auch hier war kein Mensch zu entdecken. Die Türe des Pfarrhauses wurde gesprengt, alle Räume wurden durchsucht, aber nichts von Wert gefunden. Silber gab es nicht, nur leere Kisten und Kästen, auch nichts Edbares. Verschlüsse Schwoeden brummte der Leutnant, kein Bissen Essen, kein Kakao über im Keller, jetzt wo man milde und hungrig war von der anstrengenden Arbeit. Etwas später, nachdem der Korporeal mit seinen Leuten eingetroffen war, schlugen die Flammen aus Türen und Fenstern, und von dem brennenden Pfarrhaus, das selbst im großen Kriege verschont geblieben war, wölzte sich schwarzer Rauch der Kirche zu und über den See.

Auch war noch die Kirche übrig. Der Leutnant befahl Plünderung. Aber auch hier war nichts zu finden. Alles war schon weggeholt, wie man sehen konnte. Auch in der Sakristei war nichts zu finden. Gähnend leer standen die eisenbeschlagenen Schränke an den lahlen Wänden, hier wie im Pfarrhaus. Wenn man nur willigte, wie die Grotalsleute vor dem geplanten Angriff gewarnt hatte; aufschnappt sollte er werden ohne Gericht und Untersuchung. Denn offenbar hatte man in Kenntnis gehabt von dem, was im Werke war. Da war man nun den langen, beschwerlichen Weg hierher gekommen, hatte Meile um Meile in fast unüberwindlicher Müdigkeit zurückgelegt, war unter Lebensgefahr durch Hügel und über Moore gewandert — und was war der Lohn für all die Mühe? Nicht ein einziger Taler, nicht eine silberne Kanne, nicht ein Tier, das man hätte schlachten können. Nichts andres war der Lohn als rauchgeschwärzte Gesichter, zertrümmerte Kleider, milde Knochen. Zuweilen war es wirklich hart und unantvar, seinem Land und seinem König zu dienen.

Leutnant Mönnow stand im Schiff der Kirche und hielt wilden Ausruf. Wahrhaftig, hier war nichts zu holen, hier war schon aufgeräumt.

Eine halbe Stunde später stand die Kirche von Grotal, eine der ältesten des Landes, in Flammen, und die Soldaten zogen wieder durch das rauchverschüttete Tal nach Norden, um das berühmte Grohhammerwerk noch vor Aufbruch der Nacht zu erreichen. In rauhen Ruinen und an Gehöften vorüber, in denen das Feuer noch wütete und die rauhgeschwärzten Essens noch nicht eingeklappt waren. Kein lebendes Wesen war zu sehen. Die Vögel, die vor kurzem noch in den Bäumen an der Straße und in den knorrigen Apfelbäumen vor den Häusern gezwickt hatten, waren in die Wälder geslichtet, als die Flammen aufzuhören und der Rauch unerträglich wurde. Von der Tiefe des Tales aber stieg das dumpfe Tosen des Flusses wie ein ewiger Orgelton heraus.

Das ist nun also das berühmte Grohhammerwerk, dachte Mönnow, als er die große Brücke überschritten hatte, die nah und schlüpfrig war von dem brausenden Flusse, der selbst in der trockensten Sommerzeit wild und unbändig in der Tiefe schwamm. Grohhammer, der Sitz der Familie Brauner! Wenigstens hier steht man wohl auf Widerstand, hier in Grohhammer, wo Hunderter von Händen beschäftigt waren oder wenigstens gewesen waren. Hier galt es vorsichtig zu sein.

Die Soldaten marschierten einzeln über die kleinen Bäume nach dem Hauptgebäude zu. Kein Laut war zu hören, außer den Trillen der Soldaten und dem Tosen des Flusses. Ein Haie hoppelte über den Weg und verschwand in einem Gebüsch. Die Soldaten sahen ihm mit lustigen Blicken nach. Der Hunger meldete sich; hier im reichen Grohhammerwerk müsste man doch endlich etwas zu essen finden. Spähdich schleicht man heran.

Plötzlich knallten zwei scharfe Schüsse, so rasch hintereinander, daß sie kaum zu unterscheiden sind. Der Leutnant stöhnt auf. Er suchte mit den Armen durch die Luft, die Augen starren nach dem

Hause und dem Fenster, dann fällt er rücklings zusammen, wälzt sich auf dem Boden und bleibt, die Arme und Beine ausgestreckt, auf dem Rücken liegen.

Vorwärts! brüllt der Korporeal. Ein breitgliedriger Mann stürmen gegen das langgestreckte, von hohen Eschen umgebene Haus, dessen beigegefasste Fensterläden im Schein der untergehenden Sonne rot glühen.

Nun beginnt das Schießen im vollen Ernst. Aus einem Fenster rechts von der Türe knallt in kurzen Zwischenräumen Schuß auf Schuß. Der und jener fällt. Von draußen aber wird das Feuer erwidert. Die Norweger feuern eine Salve nach der andern. Sie haben sich hinter Bäumen und Steinen auf die Erde geworfen; zielen und schleien nach dem offenen Fenster, aus dem die Augen kommen. Eine halbe Stunde dauert das Schießen. Es gibt einige Tote und mehrere Verwundete; aber der Korporeal will nicht trüppen.

Die Gefallenen lagen auf dem Rasen in den seltsamsten Stellungen. Einer lag auf der Seite, Arme und Beine wie in Krämpfen geklemmt, einer lauernd, mit dem Mützen gegen einen benommenen Stein gelehnt, die Augen starren drohend, der Mund läßt weit offen, das Blut rinnt von der Schußwunde im Schädel über Wangen und Kinn.

Von den Verwundeten vernimmt man Stöhnen und leises Hilfesuchen, sobald das Schießen einen Augenblick aufhört. Plötzlich springt der Korporeal auf. Vorwärts! Sprengt die Türe. Stirn vor das Fenster. Geschwind! Und etwa zwanzig Mann stürmen in rasender Wit.

Im Arbeitszimmer Branders kantern zwei Alte, zwei Siebzigjährige, die vor einem Menschenalter schon mehr als einen solchen Tanz mitgemacht haben. Mit dem einen ist es bald vorbei. Passe Mon, der alte Ausländer, hat seinen Teil bekommen. Eine Musketenkugel hat ihm die eine Nippelklappe zerschmettert, und nun kauert er, kreidebleich im Gesicht, an der Wand. „Leb wohl, Pella.“ murmelte er leise, „grüß sie alle.“ Pella Salmi kann nicht helfen, nicht das geringste, wenigstens vorläufig nicht. Nun muß er allein weiterlaufen, allein den Feind abwehren. Verläßt er das Fenster nur einen Augenblick, so ist er und der Freund verloren. „Der Herr sei dir gnädig, Pelle.“ murmelte er, „hast Dank für alles.“

Als die Norweger die Türe sprengten, begriff Pello, daß alles vorüber war, aber der Selbstbehauptungstrieb hielt ihn aufrecht, und er läßt sich so jung und stark, daß er das Neuerste wagen konnte. Das Blut brachte ihm in den Adern, die Muskeln strafften sich. Er mußte sich und den Kameraden retten; hier im Zimmer hielt er es nicht aus. Von allen Seiten umringt, von zwanzig angegriffen — die Lage war Hoffnungslos. Er wirkt die Klinke weg, als die Türe krachend hereinbricht, flitzt auf den Kameraden zu, packt ihn und schwingt sich mit ihm durchs Fenster. Unter diesem aber stehen einige Soldaten, große, wilde Kerle, die sich voller Wit auf den alten Finnen stürzen. Pella Salmi ist wortlos, mit den Händen vermag er wenig Widerstand zu leisten, und es dauert nicht lange, so ist er übermannt, an Händen und Füßen gebunden.

Draußen aber auf dem blutigen Rasen zwischen toten und sterbenden Kindern tut Pelle Mon den letzten Atmzug.

Eine Stunde später, als die Dämmerung hereingebrungen ist, sieht das Hammerwerk mit den Schmieden, den Magazinen und allen andern Gebäuden in Flammen. Pella Salmi aber wird, gesessen und schwarz bewacht, als Kriegsgefangener nach Nissmark in Norwegen transportiert. Erst lange nachher erfuhr er, daß er es einzigen Auftrag als hellundiger Zauberer zu tun hatte, daß über das Leben, geschenkt wurde.

(Fortsetzung folgt.)

Aprilwetter.

Das war eine unangenehme Überraschung, als nach den schönen, warmen, sonnigen Frühlingstage plötzlich der Himmel sich mit Wolken verschließt und aus ihnen die weißen Flöckchenmassen herabschüttele, die aus den jungen Blättern der Bäume liegen blieben und mit den Villen im Obstgarten in Wettbewerb traten. Eine Überraschung war es, und war doch auch keine; denn der launische Monat hat ja von Alters her seine Wetterregel: Der April macht Wetter, wie er will. Und an die Aprilsüchsen sind wir so gewöhnt, daß uns dieser Monat ohne allerlei Wetterumschläge gar nicht recht richtig vorkommt, so gern wir auch auf das schlechte Wetter verzichten.

Die Wetterkunde berichtet uns, daß dieses wechselseitige Wetter Hand in Hand geht mit Schwankungen im Zustand, der bald hoch, bald niedrig ist, und daß gleichzeitig Schwankungen in den elektrischen Zuständen in der Luftschicht der Erde sich abspielen. Zu mancherlei Erklärungen hat die Wissenschaft geprägt, um den Ursachen dieser Erscheinungen auf die Spur zu kommen. Die Ursache, die der Volksmeinung am besten liegt, wird von den meisten wetterkundlichen Gelehrten für nicht wissenschaftlich erklärt, daß ist der Einfluss des Mondes. Nachdem Faß mit seiner Theorie der kritischen Tage fast schon vergessen ist, die früher eine große Rolle in den Erklärungen über das Wetter spielte, sieht sich niemand mehr dem Auseinander aus, das jeden trifft, der den Mond mit dem Wetter in Zusammenhang bringen möchte. Und doch möchte man mit Wahrheitlichkeit wenigstens auf einige Zeit etwas vom Wetter vorhersagen.

Um allgemeinen nimmt man an, daß rein irdische Vorgänge genügen, um die Wetterbildung zu erklären. Die Erwärmungsunterschiede über dem festen Lande und dem Meer, die Verdunstungsvorgänge des Wassers, die aufsteigenden Luftströme, die zur Entstehung der Winde und der Zustandunterschiede in verschiedenen Gebieten der Erde führen, werden zusammengefaßt, und von ihrem gemeinsamen Wirken wird das Wetter abhängig gemacht. Nur vereinzelte Beobachter und Wetterforscher lenken ihre Blicke auf die Unzulänglichkeiten, die sich bei diesen Erklärungsversuchen unliebsam bemerkbar machen, und stellen die Vermutung auf, daß möglicherweise auch noch außerirdische Einflüsse sich geltend machen könnten, Einflüsse, die aus dem Weltall mit seinen zahllosen nicht oder weniger bekannten Weltkörpern entstammen möchten.

Gewiß erklären sich die Luftströmungen ganz gut aus den Druckunterschieden der Atmosphäre in benachbarten Gebieten, daß von Orten höheren Drucks die Luft abströmt nach Orten niedrigeren Drucks. Und daß es hierbei zur Bildung von Niederschlägen der im Zustand der Erde vorhandenen Wasser dampfmasse kommen kann und kommen muß, wenn wärmerer Luft und kältere Luft sich mischen, ist nach physikalischen Regeln auch verständlich. Lehrt doch jede Fensterscheibe im Winter, daß an dem kalten Glase die Feuchtigkeit der wärmeren Zimmerluft sich ansiedelt. Es sind auch verhältnismäßig große Mengen Feuchtigkeit, die so ihre Dampfform durch Abdampfung eisbilden und in tropischer Feuchtigkeit übergehen. Aber immer fehlt bei den Naturvorgängen, die in großem Stile sich abspielen, trotz solcher anschaulicher kleiner Beispiele eine eigentlich erklärende ursächliche Einwirkung.

Da versteht nun eine Theorie zur Hilfe zu kommen, die das Hauptgewicht auf die Vorgänge legt, die im Weltenspace sich abspielen, oder wenigstens innerhalb der weiten Grenzen unseres Planetensystems zu suchen sind. Der bisherige hat diesen Erklärungsversuch nicht mit Ungeschick unternommen und durchgeführt.

Nehmen wir einmal mit ihm an, daß im Weltenspace, dessen Temperatur 273 Grad unter dem Gefrierpunkt des Wassers liegt, Eiskörper vorhanden sind, die größere oder kleinere Massen darstellen können, und versetzen wir einmal das Schicksal eines solchen

Eiskörpers, der innerhalb des Planetensystems in den Anziehungsbereich der Sonne gelangt. Der wahrscheinlichste Fall wird der sein, daß das aus einer Mietung stattfindet, nach der die Sonne auf ihrem Wege durch den Weltenspace hindurch. Ein solcher Eiskörper wird erst langsam, dann immer schneller und schneller auf die Sonne zufliegen, nach der Sonne zu ins Hallen geraten, je näher er der Sonne kommt, bis er schließlich nach einer kleinen oder größeren Zahl von Minuten um den glühenden Menschenball in die Feuerflamme hineinfiebert. Bis in nächste Nähe der Sonne herrscht aber Weltenspace, denn die Erwärmung durch die Sonnenstrahlen setzt einen erwähnenswerten Körper voraus, der erst in der glühenden Gasblase der Sonne zu suchen wäre. Der einstachende Eiskörper wird trotz der ungeheuren Glut der Sonne aber nicht sofort einen in Wasserdampf verwandelt, sondern bricht dazu eine geringe Zeit. Die Stelle nun, an der er in die Sonne eindringt, erscheint uns als ein Sonnenstein. Die Wassermasse, die durch Schmelzen des Eiskörpers entsteht, wird natürlich erhitzt, und da sie unter beträchtlichem Druck im Innern der Sonne gerät, erreicht sie eine Temperatur, die höher ist als der Siedepunkt des Wassers. Solch überhitztes Wasser hat aber die Eigenschaft, bei geringer Druckvermindezung plötzlich mit gewaltiger Explosion sich in Dampf zu verwandeln und aus dem Sonnenkörper herauszuschießen weit hinaus in den Weltenspace, zum weltweit größten Teil in leichter Staubförmiger Verteilung, teils als Dampf, teils als Wasserdampf. Nebenfalls reicht seine ohne weiteres sichtbare Erhebung über die Sonnenoberfläche viele Tausende von Kilometern in den kalten Raum. Solche Erscheinungen sind die sogenannten Sonnenprotuberanzen. Zu einer Zeit gesteigerter Sonnenaktivität werden auch die Explosionswellen besonders häufig sein. Eine beträchtliche Menge des Weltenspace alsdann wieder an Eishabn erstaunlichen Wasserdampf wird weit über die Erdabahn hinaus dringen.

Wenn in diese Eiswolken, die mit elektrischer Ladung infolge des Hindurchtreibens über die glühenden Metallmassen der Sonne versehen sind, und die ebenfalls mit einer derartigen Geschwindigkeit der Sonne entziehen, daß sie in 15 Stunden die Entfernung bis zur Erdabahn durchschreiten, — wenn in diese Eiswolkenwolken die Erde eintritt, so wird sie durch ihre Anziehungskraft einen beträchtlichen Ausschnitt aus der ganzen Masse auf sich lenken. Sie wird von einem Haufen von Staubaerosolen getroffen werden, die tief in ihre Luftblase einbrengen, ehe sie durch Reibung ihre Weltenspace einbilden. Sie verlieren aber auch ihre Elektrizität beim Eindringen in die Atmosphäre, während sie gleichzeitig einen Teil der Luftblase zur Seite blasen. Was wird das Ergebnis dieses Vorgangs sein? Die Luftblase über der Erde an der Einbruchsstelle der Eiswolkenwolke wird kleiner, ihr Druck deshalb gerinnt, das Barometer sinkt. Die elektrischen Ladungsunterschiede zwischen dem Sonnenstein und der Erdatmosphäre müssen zu elektrischen Schwankungen, zu Gewitterbildung führen. Darauf aber in gewaltiger Höhe steigt der launische zur Erde sinkende Eisstaub als seiner Schleier von Eiskrallenadeln in der Luftschicht, vielleicht 20 bis 30 Kilometer hoch. Und durch diesen Eisshleier in der Höhe schellt das Mondlicht hindurch und zaubert vor unsre Augen das Bild des weiteren lichten Rings um das Nachsteltern, das gerade in der Nacht vor dem Einsetzen des letzten Schneefalls prächtig zu sehen war.

Frischer oder später gelangen die eingedrungenen Eisstäubchen so tief herab, daß sie in der Luftschicht zur Wollensbildung Veranlassung geben und in der Form von Niederschlägen im Verein mit dem verdächtigen Luftwasser dampf als Regen oder Schnee auf die Erde niederschlagen.

Wo von hängt nun das Eintreten dieser Erscheinungsweise ab, die nichts andres darstellt, als einen sogenannten Wetterkurst? Einmal muß die Sonnenaktivität stark sein, die ja das Heilnis liefern soll. Dann aber muß die Erde in die günstigste Lage zu diesem der Sonne liegenden Eisstrome komme. Ein solcher Zeitpunkt ist die Sonnennähe der Erde, die in den Winter fällt. Aber nun findet sich in der Sonnensteinaktivität eine aus einer Menge besonderer Einflüsse zu erklärende Erscheinung, daß nämlich im April und im Maiansatz der Eisstaubüberschlag auf die Erde besonders stark wird, so daß also zu diesen beiden Zeitsäulen die Gefahr des Wetterkurses am drohendsten wird, wie das die Launen des April und die Eismänner im Mai zeigen.

Und nun noch ein Wort zur Ehrentretung des Mondes als Wettermacher. Wenn das Weltkörperpaar Erde-Mond den Strom der Sonnenaktivitäten, der Eisstrahlen durchwandert, so rast natürlich ebenso wie die Erde auch der Mond einen Teil des Eisstaubs an sich. Die zusammengetragene Menge wird am größten ausfallen, wenn der Eisstrom erst durch den Mond gesammelt und dann noch einmal durch die Erde zusammengefaßt wird, das heißt wenn der Mond zwischen der Sonne und der Erde steht, also bei Neumond. Und so mag die Einwirkung des Mondes im besonderen Falle auf den Wetterkurst nicht von der Hand zu weisen sein. Freilich bedarf es durchaus nicht allem der Mittel des Neumonds; denn unser leichter Wetterkurst trat am Tage des ersten Viertels ein.

Schnee und Regen und Kälte nach dem schönen Maiensang bescherte uns die Sonne, der wir sonst doch nur Wärme und gutes Wetter in die Schule schicken. Aber es ist nun einmal so, daß die Flecken auf der leuchtenden Sonnenelbe nicht ohne nachhaltige Einwirkung auf unser Erdenleben bleiben sollen. Wenn die Theorie Recht behalten soll, was nicht unwahrscheinlich ist, so ist unser Aprilwetter nichts weiter als die Folge davon, daß sich die Sonne den Scherz gestattet, ihren Glücksen mit Eis zu heizen. Dr. Popitz.

Kleine Chronik.

Professor Hans Weidelt von der Universität Marburg will im Gelehrtaal Nieches Dichtung Aljo sprach Barathrastra dem Verständnis weiter Kreise durch drei Vorträge erschließen, die durch Recitationen der Hagenischen Schauspielerin Ada Wahr ergänzt werden. Die Durchführung dieses Gedankens will ihm nicht recht gelingen. Da den Recitationen ein breiter Raum gewährt wird, bleibt für den Redner wenig Zeit übrig, und die Folge ist, daß er vielerlei in allzu kurzer Zeit bewältigen möchte. So wurde z. B. gestern die Frage nach Nieches Erstaunung überhaupt und ihrem Einfluß auf den Barathrastra im Handumdrehen erledigt, ebenso rasch die Frage, ob Nieches von Wilhelm Jordan und Spitteler Anregungen empfangen habe, und im Elternpoem wurden schematisch in schulmäßiger Weise die Kunstrichtungen erörtert und aufgezeigt, die Nieches im Barathrastra angewandt habe. Das Ganze erinnerte so ungewöhnlich an Obere Schauspieler-Weidelt, die allerschönste Urteile weiterträgt und mehr zum Wissenswerten als zum Nach- und Widerstand anregt. Die Schauspielerin Ada Wahr, die mehrere Abschnitte aus dem Barathrastra vortrug, ist ein sehr beobachteter und roßiges Talent, das sich freilich auf den Breitern wohler fühlen dürfte als im Vortragssaal als Nieches-Interpretin, gm.

Leipziger Kunstverein. Die Künstlervereinigung Dresden ist mit einer umfangreichen, wohlausgestalteten Sammlungsausstellung in den Oberlichtsaal eingezogen. Die Schauhalle enthält noch den Nachlaß von Angelika

kleiner Anzeiger

Bermietungen

Osten.
V. Stube Eisenbahnmstr. 118, II. I.

Westen.

Königreichstr. 29, Waldh. III. r.
Wohnung (2 21-31 m. R., Gas).
Überzeugt. Miete, j. 360,- V. p.v.
wohl übernommen. d. Hausmanns-
arbeiten geb. die mit 175,- K. be-
sonders vergütet werden. Ein-
aus Trockenholz u. Waschhäut.
Schlaf., Brodhausstr. 20, IV.
Wohnung mit Hausmanns-
posten freihändig ver-
mietet oder weiter zu vermieten.

Schöne Wohnung, Stube,
Kamm., Küchen, Zubeh., 280,- M.
j. 1. Juli zu verm. Zu erfragen
L.-Kleid., Bahnhofstr. 22, III. r.
Große u. H. Wohn., leicht an
eine Xente zu vermieten.
Kleinst., Grenzstrasse 14, I.

Norden.

Al. Wohn., Stube, Stammer u.
Küche, 210 Mf., j. 1. Juli. Gut.,
Wilhelminenstr. 19, II. Lippold.



HANS EITNER
Möbeltransport
Schnell, zuverlässig Transporte
Sägeraum mit Möbelabteilung
Böhme, Staubsaugapparat.
Roscherstrasse 11/13
Telefon. Nr. 2, 13500, 20310.

Verkäufe

Chaisel., Sosa, Bettst. m. Matr.
Rückentisch, Stühle, Schreibt.,
Tisch, Krone, Matr. Str. 16.
2. gebr. gr. Plüschesessel
Lind., Rubinstraße 15, II. r.
Sofa, Büs., Schr., Trum, Tl.,
Sofa, 20. Rückentisch, 40. Bettst.m.
Matr. 25. 30u. 60. Schreibt. 150.
Löwenburger, Sophienstr. 2, I.
Holz-Bettst. Fabrikstr. 4, II. I.
Pfeifersp., Näh., Tisch., Meißer-
händer, Marporth., Baden.,
Gramm., Gunnisch., Gr. 35 u.
18. Kolonialwarenstr. 19, I. Güller.
Wanduhr zu verkaufen.
Nördliche Straße 36, III. I.

Komplett
Schlaf-, Wohn- und Küchen-
Einrichtungen
sowie einzelne
Schränke, Bettlos,
Bettsellen, Küchen-
möbel usw.
auf Kredit und bar.

M. Fuhs
Surprinstraße, 13, I. u. II.
Ecke Brüderstraße.

Achtung! Ausschneiden!
Schicke Damen-Strohhüte
mit und ohne Garnierung
in groß. Auswahl, preisw.
Umarbeit. v. gotr. Hüten.
Helene Uhlig, L.-Neud.
Grammstrasse 5.

Sprechmasch., Schallplatten
Günstige Zahlungsbeding.
Alwin Matthes, Höhestr. 58, pt.

Troubadour-Spieldos.
2. Gr. 40 Mf., 3. Gr. 60 Mf.

Troubadour-Platten
Durchm. 30 22 18 cm
Stück 30 60 40 Mf.

Grammophon 100 Mf.
Döhler, Gohlis
Friedr.-Karl-Str. 22, Tr. A, III.
Telephon-Nebenst. 51282.

Dorf-Kinderwagen, gut er-
halten, billig zu verkaufen.
Görlitz, Friederichstr. 3, p. 1.

Gebrauchter Sportwagen
zu verkaufen.
Schmidt, Zeitzer Str. 42, I.

Schuh-Bedarfsartikel

jeder Art liefer. preiswert
Georg Schöbel
Eisenhandlung, Reichstr. 20.

Neue Handwagen, 2-10 Jtr.
Trakt., s. v. Dorellstr. 14, III.

Stark. Fräz. Handwas. billig
z. verl. Weihenstr. Str. 68, p. r.

Ausnahme - Offerte.

meines wohl Tabak-Ersatzes.
schmeckenden Probenpaket 75 Pfg., bei 10 Std.
nur 68 Pfg. pro Paket.

Karl Schroeter
Markthallenstr. 12.

Vorzügliche süßige
Waschmittel zum Ein-
weichen u. Waschen empfiebt

L.-Kleid., Hildegardestr. 30, II. r.

Schmalzler
Fichtenadel (echt bayr.)
und Kownoor (russischer)
seits vorrätig.

C. Schulze
Brüderstraße 8.

Partie alte Bretter,
Fenster, Türen.
Sophienstr. 2, I. r.

Feuerholz
Hekt. 4.75, geschnitten 5.50.
Feuerholz, Grenzstr. 7, I. Klepp.

Kohlrabi-, Kraut- u.
Tomatenpflanzen hat
abzugeben Karl Richter,
Leipzig-Lindenau,
Morseburg. Str. 137.

Garten zu verkaufen. Freige-
Weihen-Verein. Bei erfragen
L.-Schöbel, Lorenzstr. 9, III.

Hochstamm. Rosen b. S.
a. 75 Pfg., niedere 50 Pfg. verl.
Wohn., Lohstädt. Str. 9, p. l.

Wer die ersten retten

Tomaten

ernten will, kaufe jetzt starke
Pflanzen in großer, frühen, rot-
u. gelb, rund. Sort. 10 stärkste
Blatt. 3.50, 25 Std. 7.50 Mf.

Edel-Dahlien in den feinsten
Sort. die schönste 60 Pfg. b. 1. Vl.
10 Brach. 8 Mf. Großblum.

Canna in stark. Blatt. 5 Sort.
4 Mf., 10 Sort. 7.50 Mf. empf.

Thalakers Gärtnerei
Wahren bei Leipzig, Feuerstr.

versand nach auswärts.

Klausel

Küchen- u. Schrank-

Stahl- und Verlko. kaufen

H. Peters u. Co.
Grimmaische Straße 8.

Fahrträder, auch defekte, kaufen

Schäffler, Feuerholz, Hauptstr. 71.

Gobelbank und Tischlerwerk-
zeug zu kaufen, gel. Preisofferle

Wehrmann, Sibonicenstr. 8b, IV

Säcke, Bindf., Strickf. L.-Reicht.,
Grenzstr. 5, Tel. 8030.

Arbeitsmarkt

Tüchtige

Schlosser u. Dreher

beschäftigt zur Übernahme eines

Vorarbeiter- o. Meisterpostens

gesucht.

Magnus, Waffenfabrik, Döbeln.

Tüchtige Monteure

(auch Schlosser)

für Licht- und Kraftinstallationen gesucht.

AEG., Dittrichring 22

Montagebüro.

Papier-Schneider

und Papier-Schneiderin

stellt sofort ein

Paul Uffel & Co., Inselstrasse 20.

1 Bilderrahmen-Schreiner

werden eingestellt.

Baumeister

Franz Wendt
L.-Vo., Mariannenstr. 95.

Zimmerleute

und Bauarbeiter

werden sofort eingestellt.

Bei melben bei

C. Brömme
Baugeschäft
Lindenau

Kindstraße 6.

Gärtner-Lehrling wird

Karl Richter, Leipzig-Li.

Merseburger Straße 187.

Anlegerinnen

für Pommes und Phoenixprosse sucht

Spamersche Buchbinderei, Breitkopfstr. 7, III.

Maurer

für grössere Fabrikneubauten sofort gesucht.
Baugesellschaft Fr. Müller m. b. H.
Bochum (Westfalen), Vödestr. 47.

Arbeiter, Burschen und Mädchen
stellt sofort ein
Dampfziegelei Altranstädt, Station Große Lehna.

**Dreher, Revolverdreher,
Schlosser, Klempner,
Fräser, Kupferschmiede,
Maschinenarbeiter**

werden gesucht. Als Maschinenarbeiter können auch
Leute angemommen werden, die noch nicht in Fabriken
fähig waren, jedoch Geschick zeigen, um angeleert zu
werden.

Meldungen solcher Leute, die für dieses Angebot
Interesse haben, nehme ich am Dienstag, 30. April,
morgens von 10-1 und nachmittags von 5
bis 7 Uhr, im Hotel "Deutsches Haus" in
Leipzig, Königplatz 13, entgegen. Bei Vorlegung
der erforderlichen Papiere erfolgt auch sofort die
Einstellung.

Mansa-Lloyd-Werke Aktiengesellschaft.

Werkzeugschlosser

in dauernde Stellung sofort gesucht, der selbständige
Werkzeuge reparieren und neue Werkzeuge — speziell
Schnitte und Stanzen — herstellen kann.

Deutsche Patent-Grudeofen-Fabrik
Walter Rieschel & Co. m. b. H., Liebertwolkwitz.

**Dreher, Präzisionsschleifer,
Werkzeugmacher, Schlosser,
Flugzeugmonteure, Kupfer-
schmiede, Spengler**

suchen wir zum baldmöglichsten Eintritt.

Walther Stelzer & Co., Maschinenfabrik

Burgrieden b. Laupheim 1. Württemberg.

Tüchtige

Schlosser u. Dreher

beschäftigt zur Übernahme eines

Vorarbeiter- o. Meisterpostens

gesucht.

Magnus, Waffenfabrik, Döbeln.

Tüchtige Monteure

(auch Schlosser)

für Licht- und Kraftinstallationen gesucht.

AEG., Dittrichring 22

Montagebüro.

Papier-Schneider

und Papier-Schneiderin

stellt sofort ein

Paul Uffel & Co., Inselstrasse 20.

gesucht, welcher die gesamte Herstellung
der Bilderrahmen kennt und auch die
Fabrikation der ovalen Bilderrahmen be-
herrscht, in dauernde, gutbezahlte Stellung

Verlag für Volkskunst

Richard Reutel, Stuttgart, Marionplatz 12.

Für meine Brehmorschen automatischen
Falzmaschinen suche ich eine

geeignete Kraft

Monteur, Buchbindergeselle oder gut einge-
richtetes Mädchen, zum Einrichten u. Beaufsichtigen.

Carl Einbrodt, Großbuchbinderei

Eilenburger Straße 10/11.

Anlegerinnen

für Pommes und Phoenixprosse sucht

Spamersche Buchbinderei, Breitkopfstr. 7, III.

Geübte Falzerinnen

sucht
Spamersche Buchdruckerei, Breitkopfstr. 7, III.

Tüchtige Erd- und Oberbauarbeiter

werden sofort eingestellt:
Bahnbau Leipzig-Stünz
an der Windmühle
bei Schachtmeister Jelen.

Einige ältere

Schlosser

(Bauschlosser)

für Transportanlagen,
Schuppen, Transport-
schuppen etc. für dauernde
Beschäftigung gesucht.

Carl Wünsche

Werk für
Transportanlagen

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtag.

Dresden, 26. April.

Der Kanalbau zwischen Elster und Saale hat neben der Einleitung eines Landes-Schulauschusses und eines Landes-Schulbeirats den Hauptgegenstand in der heutigen Sitzung gebildet. Der Leipziger Kanalverein und die Stadt Leipzig haben in einer Binschrift an den Landtag ersucht, der Landtag möge die Regierung zu einer Förderung des Kanalbaus und insbesondere dessen südlicher Linie veranlassen. Die Deputation schlug dem Landtag vor, der Regierung die Petition zur Kenntnisnahme zu überreichen. Es ist dies ein etwas zweifelhafter Beschluss, um die Kanalfrage zu fördern. Man hätte annehmen müssen, dass die Überweisung zur Berücksichtigung geschehen wäre. Begründet wird das Verlangen nach dem Kanalbau schon lange mit der Förderung der Industrieinteressen. Auch in Preußen sah man jetzt ein, dass es ein Fehler war, dass der Mittelkanal damals nicht gebaut worden ist.

Die Leipziger Abgeordneten Dr. Löbner und Dr. Köppel fordern die Regierung auf, ihren Einfluss zugunsten des Kanalbaus einzusehen. Finanzminister Dr. v. Sendenwitz erklärte, die Regierung habe ein großes Interesse für den Plan; nach dem Ablauf, sobald die nötigen Kräfte verfügbar seien, solle mit seiner Ausführung begonnen werden.

Bei der Beratung über die Einsetzung des Schulauschusses, dem die Schulreformfrage sowie die Bildungsfrage übertragen werden soll, führte Genosse Flechner aus: Obwohl man für den Deputationsantrag stimmen werde, so müsse man doch gewisse Vorbehalte machen und besonders darauf hinweisen, dass an die Arbeiten des Ausschusses keine allzu übertriebenen Hoffnungen geknüpft werden dürften, denn die Zusammenziehung des Ausschusses aus Mitgliedern der Zweiten Kammer beweise, dass man es nicht mit reformfreundlichen Mitgliedern zu tun habe; auch die Mitglieder der Zweiten Kammer werde man nicht alle als reformfreundlich ansprechen dürfen. Um aber alles zu tun, die Schulreformfrage im Flusse zu erhalten und das Material darüber zusammenzutragen, so müsse man schon dem Deputationsantrage zustimmen. Die übrigen Redner sprachen sich in ähnlichem Sinne aus.

Politische „Komödie“.

Unter dieser Überschrift rumpelt die Chemnitzer Volksstimme unsre Genossen im Landtag an, wahrscheinlich um zu zeigen, dass ihr Urteil von Sachkenntnis in keiner Weise gereift ist. Am Mittwoch stand ein nationalliberaler Antrag auf der Tagesordnung, der den Strafvollzug in den Gefangenenaufstellen, der seit dem Ministerium des Innern untersteht, dem Justizministerium unterstellt will. Abg. Hettner beantragte diesen Antrag in sofortige Schlussberatung zu nehmen. Abg. Flechner widersprach einer derartigen Erledigung ohne nähere Erörterung der Sache. Dieser Antrag wurde auch von einigen Abgeordneten der abhängigen Fraktion unterstützt, es kamen aber nicht die nötigen 10 Stimmen zusammen, so dass der Antrag Hettner mit Hilfe der Mehrheit der Abhängigen Abstimmung stand. In seinen Ausführungen zur Sache wendete sich Abg. Flechner dann nochmals gegen dieses summarische Verfahren. Er bemängelte weiter, dass der Antrag von Hettner lediglich mit Gründen der Geschäftswirtschaft vertreten worden war, die soziale Seite des Strafvollzugs aber ganz unberücksichtigt geblieben sei. Er erklärte, dass die Vorberatung in einer Deputation nötig sei, um eine Entscheidung treffen zu können. An sich sei er zwar nicht ohne weiteres gegen den Antrag. Da die gründliche Vorberatung über die sofortige Schlussberatung unumgänglich gemacht worden war, stimmten unsre Genossen gegen den Antrag, besonders auch wegen der Art der Begründung durch den Antragsteller.

So der Vorgang, wie er in Parlamenten häufig vor kommt. Was macht aber die Chemnitzer Volksstimme daraus? Das Blatt pfeift unsre Genossen als „Treimännerfraktion“ folgendermaßen an:

„Sein (Hettner) dahingehender Gesetzgebungsantrag handelt nicht die erforderliche Unterstützung und nun sprach Flechner in Sinne des nationalliberalen Antrags zur Sache. Das alles war ganz gut und nett, denn in der Tat erstrebt der nationallibrale Antrag eine wichtige Reform in dem Strafvollzug. Um so mehr musste man überrascht sein, als bei der Schlussabstimmung die drei Unabhängigen dann dagegen stimmten, während alle andern Fraktionen (auch die Sozialdemokraten) ihre Zustimmung gaben. Die Unabhängigen reden also für und stimmen gegen ein und dieselbe Sache. Sie verdienen daher ihre Vorzeichnung wirklich, denn sie sind unstrittig unabhängig von jeder Partei. Die Arbeiter werden eine so unrichtbare Tropfpolitik freilich nicht verstehen.“

Die Arbeiter werden etwas ganz andres nicht verstehen, nämlich dieses vom Baum gebrochene Gespärter, — vorausgesetzt, dass sie den wirklichen Sachverhalt kennen, der ihnen in dem Abhängigkeitsvertrag verschwiegen und die Sache geradezu auf den Kopf gestellt wird. Flechner soll „im Sinne des nationalliberalen Antrags gesprochen“ haben. Das Gegentell ist richtiger! Der Antrag soll eine Reform des Strafvollzugs anstreben. Keine Spur davon! Kein Wort ist zur Begründung in diesem Sinne gesagt worden. Diese Seite der Sache wurde vielmehr erst von Flechner beleuchtet. Den Antrag in diesem Sinne auszustalten, wäre eben erst in einer Vorberatung möglich gewesen. Diese aber wurde mit Hilfe der Abhängigen verweitert. — Wenn das Verhalten unsre Genossen eine politische Komödie sein soll, dann wird man diesen Ausdruck viel häufiger auf die Politik der Abhängigen im Landtag anwenden können, denen die Volksstimme mit dieser albernen Polemik einen Vorendienst erwiesen hat. In Chemnitz scheint man aber mit Vorliebe über Dinge zu schulmeistern, von denen man keine blosse Ahnung hat.

Konservative Neuordnung.

Die konservative Fraktion hat im Landtag folgenden Antrag eingereicht:

Die Kammer wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, gesetzgeberische Maßnahmen in die Wege zu leiten, durch welche im Interesse der landwirtschaftlichen Arbeiter 1. für das Rechtsverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine den heutigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen entsprechende einheitliche Rechtsgrundlage geschaffen wird, 2. eine Vertretung des landwirtschaftlichen Arbeiterstandes in den Landwirtschaftskammern herzustellen wird.“

Wer wissen will, wie die einheitliche Rechtsgrundlage aussehen soll, auf der in Zukunft das Rechtsverhältnis zwischen Herr und Knecht ruhen soll, braucht nur die Rede zu lesen, die der konservative

Agrarier v. Byrn zur Begründung des konservativen Antrags über die Übergangswirtschaft gehalten hat, und dann ist er im Klaren, dass es sich nicht um ein Rechts-, sondern um ein Hörtigkeitsverhältnis handelt.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

31. Sitzung. Freitag, 20. April 1918, mittags 12 Uhr.

Zur Verhandlung kommen zunächst

Eisenbahnangelegenheiten.

Es werden bewilligt nach den Vorlagen für Erweiterung der Abholzerei und Errichtung einer Drehgestellwerkstatt für die Waggonfabrik in Engelsdorf bei Leipzig 151.000 M., für Erweiterung des Werkstättenbahnhofs Zwönitz auf 141.000 M. und für Erbauung eines Ueberholungsgleis und Verlängerung eines schienengleichen Ueberanges auf dem Bahnhof Gutenfürst 367.000 M., sowie für Herstellung einer schmalspurigen Nebenbahn von Altenberg-Colmnitz nach Oberdittmannsdorf 1.050.000 M. (Ergänzungsbeförderung.)

Dann kommen zwei Petitionen des Leipziger Kanalvereins und des Stadtrats zu Leipzig um

Erbauung eines Leipzig-Saale-Kanals

zur Beratung. Die Deputation beantragt, sie der Staatsregierung zur Erörterung zu überweisen.

Der Reichsverstaatler Abg. Althoff (Nat.) bemerkte, dass es sich um einen alten Wunsch der Stadt Leipzig handle. Ein Interessenrat wünschte, dass dieser Kanalbau als Staatsangelegenheit betrachtet werde.

Finanzminister v. Sendenwitz (Nat.) bemerkte, dass die Regierung auf baldige Ausführung des Kanals dringen und die Sache als Staatsangelegenheit behandeln werde. Voraussetzung sei aber, dass ein Einvernehmen mit der preußischen Regierung erzielt werde.

Noch weiterer ungewöhnlicher Debatte wird der Deputationsantrag zum Abschluss erhoben.

Es folgt dann noch die Schlussberatung über den nationalistischen Antrag auf

Einsetzung eines Landesauschusses zur Fassung des gesamten östlichen Erziehungs- und Bildungswesens.

Abg. Dr. Sennert (Nat.) erstattet Bericht und beantragt, den bereits veröffenlichten Deputationsanträgen zuzustimmen.

Abg. Flechner (Unabh. Soz.) bemerkte, dass bei den Deputationsverhandlungen von verschiedenen Seiten Bedenken gegen den Antrag gestellt wurden, wenn er auch höchstlich angenommen werden sei. Auch er (Redner) habe zum Ausdruck gebracht, dass es zweifelhaft sein müsse, ob wirklich das erreicht werden wird, was mit dem Antrage ersehnt werde.

Wenn man die Absicht verfolge, in konzentrierter Form das Material zu sammeln, um es dann weiterzugeben, so hätte wohl auch ein anderer Weg zum Ziele führen können. Das Material sei zweifellos in der Literatur vorhanden, es brachte nur gesammelt und auf andre Weise der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Da aber nichts unversucht bleibt soll und die Erörterungen durch einen Landesausschuss auf keinen Fall schaden würden, stimmten seine Freunde dem Deputationsantrage zu. Man werde über dasselbe fortsetzen müssen, dass der Schulauschuss nicht zu einer Körperschaft werde, die es beim bloßen Verein deklasse. Die geplante Zusammenfassung des Landesbeirats müsse in dieser Richtung allerdings Bedenken aufdecken. Von seinen 24 Mitgliedern entsieben auf Regierung und Zweite Kammer 17, auf die Zweite Kammer nur 7, von denen man bestmöglich prolier noch nicht sagen könne, ob sie einem Konsensatz zugänglich sein werden.

Abg. Dr. Philipp (Cons.) erklärt, seine Fraktion stimme dem Deputationsantrag zu.

Abg. Althoff (Abh. Soz.): Wir haben uns schon bei der Beratung des Antrags sehr zurückhaltend gemacht. Auch in der Deputation haben wir Bedenken geäußert; sie sind durch die weiteren Verhandlungen wohl abgeschwächt, aber nicht ganzlich beseitigt worden. Die Bedenken gehen aber nicht so weit, dass wir eine ablehnende Haltung zu den Wünschen des Antragstellers, dessen gute Absicht wir anerkennen, einnehmen müssen.

Kultusminister Dr. Beck erklärt, dass die Fassung der einschlägigen Fragen durch den Schulauschuss durchaus objektiv erfolgen soll. Die Schaffung eines Landesbeirats auch für die gewerblichen Schulen und das Hochschulwesen können aber als zweckmäßig nicht anerkannt werden.

Der Deputationsantrag wird einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung Montag, nachmittags 6 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Die „erprobten Grundätze“.

In Stuttgart haben liberal in einer Versammlung nach einem Beschluss des Regierungssozialisten Legien die Funktionäre der Stuttgarter Gewerkschaften gegen zehn Stimmen folgende Resolution angenommen:

„Die Funktionäre der Stuttgarter Gewerkschaften betonen nachdrücklich, dass die freien Gewerkschaften auch während des Krieges ihre Kampf gegen Unternehmertum und Staatsgewalt erprobten Grundsätze hochzuhalten haben und weiterhin vertreten müssen. Die Haltung der Gewerkschaften und ihrer Leitungen kann allein bestreikt werden durch ihre Tätigkeit in wirtschaftlichen Kämpfen. Das Hineinragen parteipolitischer Streitigkeiten in die einheitliche Gewerkschaftsbewegung muss entschieden abgelehnt werden. Dieser Streit kann und soll nur dazu dienen, die Organisationen der Arbeiterschaft zu zerstören, sie am Ohnmacht zu verdammen und damit die gesamte Arbeiterbewegung in unverzüglich Weise zu schwächen. Pflicht aller Gewerkschaftsgenossen ist es, das feststeht, dass ihre Organisation, die Einigkeit, aus dem Weltkrieg unverletzt in die Friedenszeit hinzutragen. Nur dann besteht die Gewissheit, dass die Kampfkraft der Gewerkschaften den gewaltigen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen der Zukunft gewachsen sein wird.“

Zu den freien Gewerkschaften gehören ja auch die Generalkommision und die Zentralvorstände. Dass diese Instanzen die im Kampf erprobten Grundsätze hochzuhalten haben, ist eine geradezu lächerliche Behauptung. Sie schwimmen längst im nationalsozialistischen Fahrwasser, unterliegen die amerikanistische Kriegspolitik und haben die Arbeiterinteressen mit Füßen getreten. Gerade die Instanzen haben die „parteilichen Streitigkeiten“ in die Gewerkschaftsbewegung gebracht, in der sie für ihre nationalistische Durchhaltepolitik Agitation entfalten, die in Wirklichkeit einzig und allein dem Kapitalismus angute kommt. Wenn diesem Treiben entgegengetreten würde, hiess es, dass die parteilichen Streitigkeiten seien von den Gewerkschaften fernzuhalten. Nicht die Opposition, sondern diese Instanzenpolitik ist es, die der Arbeiterbewegung den allerschwersten Schaden zufügt.

Sächsische Konferenz der Angestellenausschüsse.

Am Sonntag wurde in Dresden eine Konferenz der Angestellenausschüsse abgehalten, zu der alle Angestellenausschüsse, die in Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben und -verwaltungen des Königreichs Sachsen eingeladen waren. In erster Stelle stand auf der Tagesordnung ein Neuerat des Reichstagsabgeordneten Bacl über die Rechte und Pflichten der Angestellten-

auschüsse unter Berücksichtigung des Hilfsdienstpflichtgebotes. Der Redner erklärte, die Erfahrungen hätten gezeigt, dass sich die Arbeiterschaften durchaus bewährt hatten. Die Angestellenausschüsse seien seit Jahren ver sucht, auch Angestellenausschüsse ins Leben zu rufen, um eine einheitliche Bewertung der Arbeitskraft, natürlich immer unter Berücksichtigung der individuellen Leistungsfähigkeit, durchzuführen. Das sei aber nicht gelungen. Anweslichen sei das Hilfsdienstgesetz in Kraft getreten, und nach den Vorschriften dieses Gesetzes seien die Vorschriften für die Arbeiterschaften auch auf die Angestellenausschüsse anzuwenden. Der Redner erläuterte die Rechte und Pflichten der Angestellenausschüsse und kritisierte daran die Aufforderung, unangemessene Behandlung dieser Ausschüsse sofort nach Erhebung der Reichstag zur Kenntnis zu bringen. Vor allem betonte er die Notwendigkeit eines einheitlichen Vorgehens der örtlichen Ausschüsse in allen die Angestellten berührenden Angelegenheiten, so dass es auch in der Frage der Tenenzverzerrungen.

An der Tafel wurde die Verhandlung besonderer Bezirkszusammenfassungen der Angestellenausschüsse angeregt.

Eine längere Aussprache führte sich auch an die Zweckelosfrage, ob Angestellte mit über 5000 M. Gehalt wählbar sind bzw. ihre Funktionen als Ausschussmitglieder verlieren. Nach einer preußischen Verordnung vom 31. Dezember 1917 blieben diese Angestelltenausschussmitglieder, während in Sachsen eine solche Regelung nicht erfolgt sei. Reichstagabgeordneter Bacl stellte sich auf den Standpunkt, dass Angestellte, die schon 5000 M. Gehalt hatten, nicht gewählt werden können, da sie aber ihre Funktionen nicht verlieren, wenn sie erst nach ihrer Wahl das Gehalt von 5000 M. überschreiten.

Das wurde auch die preußische Verordnung vom 31. Dezember 1917 blieben diese Angestelltenausschussmitglieder, während in Sachsen eine solche Regelung nicht erfolgt sei. Reichstagabgeordneter Bacl stellte sich auf den Standpunkt, dass Angestellte, die schon 5000 M. Gehalt hatten, nicht gewählt werden können, da sie aber ihre Funktionen nicht verlieren, wenn sie erst nach ihrer Wahl das Gehalt von 5000 M. überschreiten. Das wurde auch die preußische Verordnung vom 31. Dezember 1917 blieben diese Angestelltenausschussmitglieder, während in Sachsen eine solche Regelung nicht erfolgt sei. Reichstagabgeordneter Bacl stellte sich auf den Standpunkt, dass Angestellte, die schon 5000 M. Gehalt hatten, nicht gewählt werden können, da sie aber ihre Funktionen nicht verlieren, wenn sie erst nach ihrer Wahl das Gehalt von 5000 M. überschreiten.

Um eine längere Aussprache führte sich auch an die Zweckelosfrage, ob Angestellte mit über 5000 M. Gehalt wählbar sind bzw. ihre Funktionen als Ausschussmitglieder verlieren. Nach einer preußischen Verordnung vom 31. Dezember 1917 blieben diese Angestelltenausschussmitglieder, während in Sachsen eine solche Regelung nicht erfolgt sei. Reichstagabgeordneter Bacl stellte sich auf den Standpunkt, dass Angestellte, die schon 5000 M. Gehalt hatten, nicht gewählt werden können, da sie aber ihre Funktionen nicht verlieren, wenn sie erst nach ihrer Wahl das Gehalt von 5000 M. überschreiten.

Um eine längere Aussprache führte sich auch an die Zweckelosfrage, ob Angestellte mit über 5000 M. Gehalt wählbar sind bzw. ihre Funktionen als Ausschussmitglieder verlieren. Nach einer preußischen Verordnung vom 31. Dezember 1917 blieben diese Angestelltenausschussmitglieder, während in Sachsen eine solche Regelung nicht erfolgt sei. Reichstagabgeordneter Bacl stellte sich auf den Standpunkt, dass Angestellte, die schon 5000 M. Gehalt hatten, nicht gewählt werden können, da sie aber ihre Funktionen nicht verlieren, wenn sie erst nach ihrer Wahl das Gehalt von 5000 M. überschreiten.

Um eine längere Aussprache führte sich auch an die Zweckelosfrage, ob Angestellte mit über 5000 M. Gehalt wählbar sind bzw. ihre Funktionen als Ausschussmitglieder verlieren. Nach einer preußischen Verordnung vom 31. Dezember 1917 blieben diese Angestelltenausschussmitglieder, während in Sachsen eine solche Regelung nicht erfolgt sei. Reichstagabgeordneter Bacl stellte sich auf den Standpunkt, dass Angestellte, die schon 5000 M. Gehalt hatten, nicht gewählt werden können, da sie aber ihre Funktionen nicht verlieren, wenn sie erst nach ihrer Wahl das Gehalt von 5000 M. überschreiten.

Um eine längere Aussprache führte sich auch an die Zweckelosfrage, ob Angestellte mit über 5000 M. Gehalt wählbar sind bzw. ihre Funktionen als Ausschussmitglieder verlieren. Nach einer preußischen Verordnung vom 31. Dezember 1917 blieben diese Angestelltenausschussmitglieder, während in Sachsen eine solche Regelung nicht erfolgt sei. Reichstagabgeordneter Bacl stellte sich auf den Standpunkt, dass Angestellte, die schon 5000 M. Gehalt hatten, nicht gewählt werden können, da sie aber ihre Funktionen nicht verlieren, wenn sie erst nach ihrer Wahl das Gehalt von 5000 M. überschreiten.

Um eine längere Aussprache führte sich auch an die Zweckelosfrage, ob Angestellte mit über 5000 M. Gehalt wählbar sind bzw. ihre Funktionen als Ausschussmitglieder verlieren. Nach einer preußischen Verordnung vom 31. Dezember 1917 blieben diese Angestelltenausschussmitglieder, während in Sachsen eine solche Regelung nicht erfolgt sei. Reichstagabgeordneter Bacl stellte sich auf den Standpunkt, dass Angestellte, die schon 5000 M. Gehalt hatten, nicht gewählt werden können, da sie aber ihre Funktionen nicht verlieren, wenn sie erst nach ihrer Wahl das Gehalt von 5000 M. überschreiten.

Um eine längere Aussprache führte sich auch an die Zweckelosfrage, ob Angestellte mit über 5000 M. Gehalt wählbar sind bzw. ihre Funktionen als Ausschussmitglieder verlieren. Nach einer preußischen Verordnung vom 31. Dezember 1917 blieben diese Angestelltenausschussmitglieder, während in Sachsen eine solche Regelung nicht erfolgt sei. Reichstagabgeordneter Bacl stellte sich auf den Standpunkt, dass Angestellte, die schon 5000 M. Gehalt hatten, nicht gewählt werden können, da sie aber ihre Funktionen nicht verlieren, wenn sie erst nach ihrer Wahl das Gehalt von 5000 M. überschreiten.

Um eine längere Aussprache führte sich auch an die Zweckelosfrage, ob Angestellte mit über 5000 M. Gehalt wählbar sind bzw. ihre Funktionen als Ausschussmitglieder verlieren. Nach einer preußischen Verordnung vom 31. Dezember 1917 blieben diese Angestelltenausschussmitglieder, während in Sachsen eine solche Regelung nicht erfolgt sei. Reichstagabgeordneter Bacl stellte sich auf den Standpunkt, dass Angestellte, die schon 5000 M. Gehalt hatten, nicht gewählt werden können, da sie aber ihre Funktionen nicht verlieren, wenn sie erst nach ihrer Wahl das Gehalt von 5000 M. überschreiten.

Um eine längere Aussprache führte sich auch an die Zweckelosfrage, ob Angestellte mit über 5000 M. Gehalt wählbar sind bzw. ihre Funktionen als Ausschussmitglieder verlieren. Nach einer preußischen Verordnung vom 31. Dezember 1917 blieben diese Angestelltenausschussmitglieder, während in Sachsen eine solche Regelung nicht erfolgt sei. Reichstagabgeordneter Bacl stellte sich auf den Standpunkt, dass Angestellte, die schon 5000 M. Gehalt hatten, nicht gewählt werden können, da sie aber ihre Funktionen nicht verlieren, wenn sie

Brauerei-Ausschank Nickau & Co.

Eisbühlstraße 17 Leipzig-Gohlis Ecke Lindenhaler Str.
Größte Bier- und Speisewirtschaft im Norden.
Täglich nachmittags und abends Musikalische Aufführungen

Willst Du immer weiter schweifen,
Sieh das Gute liegt so nah!
Goethe.

Es würde Vieles besser gehen,
Wenn mehr gingen.
Seume.

Die Schwierigkeiten des Reisens unter den heutigen Umständen machen es jedem, der die Natur geniessen will, zur gebieterischen Notwendigkeit, nur kleine Ausflüge in die Umgebung zu unternehmen.

Dazu empfehlen wir als zuverlässige Ratgeber und unterhaltsame Begleiter:

Die Sonntagsspaziergänge In Leipzigs weiterer Umgebung

von Gustav Hennig.

1. bis 3. Folge.

Preis: 1. Folge 50 Pf.
2. " 60 "
3. " 50 "

mit je einer Karte
der Umgebung.

Solange der kleine Vorrat noch reicht, verkaufen wir noch zu alten Preisen ohne Preisaufschlag.

Die "Sonntagsspaziergänge" geben Auskunft über folgende Orte der engeren und weiteren Umgebung Leipzigs:

Altenburg — Altengritsach — Altenhain — Altenmörbitz — Ammelshain — Annaberger Heide — Belgershain — Benndorf — Beucha — Bitterfeld — Blidotal — Bornitz — Brandis — Breitenbach — Burgscheidungen — Colditz — Crostau — Dahlenauer Heide — Döllnitz — Döberschütter Moor — Dölkau — Döllnitz — Döllitz — Domhüsch — Dornreichenbach — Droyssig — Dübener Heide — Dürrenberg — Eilenburg — Eisenberg — Eschwege — Eythra — Frohburg — Geithain — Gerichshain — Grasdorf — Goseck — Grimma — Grottkau — Grossdöbrentz — Grosswacholder — Gundorf — Güntherad — Halla — Haselbach — Hohenprießnitz — Horburg — Hubertusburg — Hummelsdorf — Jena — Kahla — Kammerforst — Kitzs — Kleinlabau — Kleinsteinberg — Klosterbuch — Knauthain — Knautkleeberg — Kohren — Kösen — Landsberg — Lauchstädt — Lausitz — Die Leina — Leisnig — Leisnig — Liebertwolkwitz — Luckauer Forst — Lützenhain — Machern — Massau — Merseburg — Mühlthal — Naumburg — Naumhof — Nischwitz — Oberholz — Oberhüblingen — Oberhau — Ottewisch — Parthenbörler — Paupitzsch — Pegau — Polenz — Pörschen — Poserna — Püchau — Rippach — Röcken — Roda — Röditz — Rohrbach — Rosenthal — Rothe Haue — Rüben — Schoergreund — Schkeuditz — Schleusing — Schönburg — Taucha — Tautenburg — Volkerschachtigebiet — Wehlitz — Weissenfels — Wermendorf — Westewitz — Weitzer — Wyhra — Zehmen — Zeitz — Zeitzer Forst — Zöschen — Zschepplin.

Für die Beliebtheit der "Sonntagsspaziergänge" spricht ihr bisheriger Absatz von behaftetem 20 000 Stück.

Zu haben in allen Filialen der Volkszeitung, bei allen Austrägern der Volkszeitung und in der

Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Abt. Buchhandlung, Taucherstrasse 10/21.



Lose

1. Klasse 173. Königl. Sächs. Landeslotterie

Ziehung am 12. und 13. Juni d. J.

Klassenlose $\frac{1}{10}$ $\frac{1}{5}$ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{1}$

5.— 10.— 25.— 50.—

Voll-Lose für alle Klassen gültig $\frac{1}{10}$ $\frac{1}{5}$ $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{1}$

25.— 50.— 125.— 250.—

empfiehlt und versendet auch ins Feld und nach besetzten Gebieten unter

strengster Wahrung der Spielerinteressen

August Braun, Leipzig

Bücherstrasse 11

Kgl. Sächs. Staats-Lotterie-Einnahme

Postscheckkonto 50 303.

Fernsprecher 2315. 2316

Telegrammadresse: Butterbraun.

Jedes 2. Los gewinnt!

Wein

wieder eingetroffen. Verkauf auch über die Straße.
Jeden Posten Rot- oder Weisswein-Flaschen kauft

Wirtschaftskontor Volkshaus.

Obstbaum-Karbolineum „Lohsol“

vom Rat der Stadt Leipzig empfohlen und höchstes Mittel

gegen Blutausflüsse sowie alle Baumkrankheiten.

Düngekalk-Düngemittel

hemische Kopfdüngung verkauft unter sachverständiger Anweisung Rudolf Müller,

Plagwitz, Welkenfelder Strasse 80. Tel. 40683. [847]

Bonzen und deren Brut

vertreibt man schnell und sicher mit dem geleg. geschäftigen

„Certan“ Flasche 2.— Mark.

Mit bestem Erfolg von städtischen, militärischen,

Behördenverwaltungen und in Privathäusern angewandt.

Prospekte gratis.

Verkaufsstelle: Humboldt-Drogerie

Pfaffendorfer Strasse 10.

Neue Herren-Garderobe

noch in großer Auswahl.
Herren- u. Knaben-Anzüge,
Überzieher und Ulster,
Pelerinen und Juppen
stehen durch glänzende

A b s c h l u s s
zum Verkauf.

Frack- und Gesellschafts-
anzüge werden auch preis-
wert verliehen.

J. Kindermann

Gallgäßchen 9, I. Eingang
Büderläden. Gegr. 1880.

Beardigungsanst. Sorgm.

Rob. Hellmann Matthäik. 20

Telephon 4111

Plettäif. Matthäikirchhof 20

Tel. 682 und 14919.

M. Reichersdorff Str.

Lw. 81 48. Kl. 81 24.

← C a n d e r e r - R e c h n u n g s h u n t

Oswaldo Krempel, Torgaustr. 17. 10.

→ H i n k e t , K o h l e n

Ferd. Graup, N. Taucherstr. 39

W. Staudo, Vo., Höhlg. 31, Kirch. 98

Herrn. Vogler, Sophienstr. 40.

→ E i s e n - u . S t e i n w a r e n

Haustal 6, Kirchhof, Brühl 32.

Zeitzer.

Kleinig & Blasberg,

Str. 37.

Alwin Richter, A., Brölster 26.

Stiglitz, Sieda, Nürnberg, Str. 9.

A. Weise, Mds., Hallenser Str. 128.

→ H a u s - u . R ü c h e n g e r ä t e

Adm. Hause, Zellerstr. 45

Schuh-Kursus

für genähte und genagelte Schuhe beginnt am 20. April

in Lindenau, Restaurant z. Waldhof, Leipziger Str.

Anmeldung vorstellig.

Preis 8.50 Mark.

Beginn des nächsten Kursus am 6. Mai.

Infolge des Kriegs bin ich
gezwungen, mein

R e s t a u r a n t

selbst zu übernehmen u. bitte
alle lieben Gäste u. Bekannte,
mir möglichst zu unterstützen.

Pauline verw. Helm

früh. Stockmanns Restaurant

Kohlenstrasse 6.

Ziehung 18. bis 22. Juni

Rote Kreuz-Geld-Lotterie

Lose à 8 M., Porto u. Liste 40 M.

Heinrich Schuster

Leipzig, Peterssteinweg 11.

← B e r e i n f ü r M u t t e r s c h u b

Berein für Mutterschub

Dresdner Strasse 7, I.

Sprechstunde jeden Montag bis Freitag 9 bis 11 Uhr.

Mit Unterstützung der Aerztlichen Gesellschaft für Sexualwissenschaft Berlin unter Mit-

hilfe von Dr. J. Bloch.

Anfang täglich 4 Uhr. Sonntags 3 Uhr.

Wollen Sie sich Ihre Schuhsohlen jahrelang erhalten?

Nagellos

→ Wollen Sie immer einen warmen Fuß haben?

Dann kaufen Sie unsere Nagellosen Sohlen-

schuß!

Verkauf: Peterssteinweg 10.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Bei Einkäufen bestens empfohlen.

→ Koffer, Ledertaschen

K. Balck, Wiedenbrückstr. 11, Tafelstr. 11

→ Möbelmagazin

Wern. Fomius, Go., Hall. Str. 104.

C. F. Gabriel, E. Reichelt, Goldh.

→ Schuhware, Socken

Golds., Lindenstr. 10.

H. Oldak, Brühl 2.

J. C. Schwartz, Brühl 26, Gg. 1726.

→ Kolonialwaren

Olo. Brücklein, Südzg. 66.

Paul Kutschau, Kästek., Anteile 51

Osw. Mahling, Ld., Auerbachstr. 24.

C. W. Möbus Nach., Nürnberg, Str. 42.

E. Müller, Ld., Siemeringstr. 2.

→ Uhren, Goldwaren

M. Kemski Nach., große Ep., Markt.

Nürnberg, Str. 5.

→ Rauflus

Fugenlose Trauringe

Zur Trauring-Ecke.

Reichstr., Ecke Neuhofstr. 24.

→ Schuhm., Holzsalzg., Hausf., Stieg. 21.

Hug. Thüring., Kleine Naundorf 1.

Paul Vieweg, Sull., Wurzenerstr. 164.

→ Schuhm., Stöck.

A. Müller, Nach., Eisenbahnmstr. 96.

→ Uhren, Kol., Del., Bahnhofstr. 17.

→ Friedrich, Krankenbudenstr. 24.

Drog., Fark., Lp., Lp. Str. 6.

→ Wahrnen

Richard Helmold, Dufandstr. 22.

M. Springer Nach., Ld., Gend. Str. 17.

→ Molkereien

Jos. Pritsch, Käz., Wigandstr. 22.

Wilh. Herber, Eu., Döllitzscherstr. 15.

